

### **Niederschrift**

über die Sitzung des Integrationsrates bei der Stadt Eschweiler am Donnerstag, den 18.06.2009, 17.30 Uhr, in Raum 7 des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

#### Anwesend waren:

Demokratik Türk Birliği:

Mitglieder:

Ilker Zaman, Seher Cifci, Ilhan Koc, Pelin Zaman

SPD:

Mitglieder:

Anikó Ecker, Yasemin Turhan-Sahintürk, Samira Louadj, Mario Asara

Einzelbewerber:

Abdeslam El Bourakkadi Soussi

Ratsmitglieder:

SPD:

Stefan Löhmann, Agnes Zollorsch

CSL:

Othmar Krauthausen

UWG:

Erich Spies

FDP:

Hans-Jürgen Krieger

Grüne:

Franz-Dieter Pieta

CDU:

Frank Kortz

Schrifführer:

Jens Bauerdick

Verwaltungsmitarbeiter:

Winfried Effenberg, Jürgen Rombach, Anne Weiland, Hans-Werner Schmidt

Gäste:

Herr Kaymakoglu (Kaymakoglu & Mutu GbR), Herr Rieder (ARGE im Kreis Aachen)

**Tagesordnung:**

**A            Öffentlicher Teil**

**A 1            Genehmigung einer Niederschrift**

**A 2            Berufsbezogene Sprachförderung  
- Mündlicher Vortrag -**

**A 3            Vorstellung des Amtes Seniorenbeauftragter  
- Mündlicher Vortrag -**

**A 4            Sachstandsmitteilung Folklorefest  
- Mündlicher Vortrag -**

**A 5            Newsletter Migration und Bevölkerung**

**A 6            Anfragen und Mitteilungen**

**B            Nichtöffentlicher Teil**

**B 1            Anfragen und Mitteilungen**

**A            Öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Ilker Zaman, eröffnete die Sitzung des Integrationsrates um 17.30 Uhr. Er begrüßte die anwesenden Integrationsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung nebst Tagesordnung frist- und formgerecht zugestellt wurde. Des Weiteren stellte er fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

**A 1            Genehmigung einer Niederschrift**

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Herr Löhmann fragte nach dem Sachstand des Sprachkurses „Türkisch für Mitarbeiter aus der Verwaltung“. Herr Schmidt teilte hierzu mit, dass er nicht der Verantwortliche für diese Maßnahme sei, dass das Fortbildungsprogramm für Mitarbeiter gemeinsam mit der Stadt Stolberg durchgeführt werden würde und dass die Regelungen bezüglich des

Etats hierzu noch zu klären seien. Insbesondere sagte er hierzu, dass eine gemeinsame Klärung mit Herrn Schreiber erfolgen würde.

## **A 2            Berufsbezogene Sprachförderung - Mündlicher Vortrag -**

Herr Kaymakoglu trug vor. Insbesondere erwähnte er, dass es sich hierbei um ein Kursangebot für alle Personen mit Migrationshintergrund, die Arbeit suchen oder in ihrem Beruf weiterkommen wollen, handeln würde. Das Ziel dieses Kurses, so Herr Kaymakoglu, sei das Aufheben sprachlicher Barrieren. Die Kursdauer würde in Vollzeitform sechs Monate betragen. Weiterhin sagte er hierzu, dass die Kurse vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden würden.

Herr Rieder (ARGE Kreis AC) ergänzte hierzu, dass es sich hierbei um ein Programm handeln würde für Bezieher von Sozialleistungen mit Migrationshintergrund und dass das Fallmanagement der ARGE das Angebot an Kursteilnehmern betreffend, hier ebenfalls gefragt sei. Weiterhin führte er aus, dass das Programm der berufsbezogenen Sprachförderung auch unterstützend zur Vermittlung von Frauen mit Migrationshintergrund dienen solle.

Herr Rieder sagte hierzu weiterhin, dass dieses Programm bisher noch sehr wenig bekannt sei und dass seitens der ARGE im Kreis Aachen versucht werden würde, deren Maßnahmen mit Fortbildungsmaßnahmen zu kombinieren. Insbesondere wies er auf die Problematik hin, dass Berufs- und Studienabschlüsse aus dem Ausland in Deutschland nicht anerkannt werden würden und ergänzte hierzu, dass es ein Qualifizierungsprogramm gäbe, mit dem Menschen mit Migrationshintergrund und erlerntem Beruf im Ausland entsprechend gefördert werden würden (FBW-Instrument). Herr Rieder appellierte an alle, Menschen im Freundes- und Bekanntenkreis anzusprechen und zu einer Teilnahme an der oben genannten Fortbildung zu motivieren. Insbesondere ergänzte er hierzu, dass die Maßnahme der berufsbezogenen Sprachförderung publik gemacht werden solle und dass Empfänger von Leistungen gem. SGB II und ALG I sich bei den Fallmanagern hierzu melden sollen. Er erwähnte hierzu, dass das Kursangebot um so differenzierter gestaltet werden könnte, je mehr Interessenten sich hierzu anmelden würden und dass die Voraussetzung für die Sprachkurse das Niveau der Sprachprüfung nach B 1 sei, diese Voraussetzung aber nicht formell bescheinigt sein müsste, sondern durch den Kursträger geprüft würde. Weiterhin merkte er an, dass es zu den Kursen finanzielle Förderungen gäbe und dass der nächste Kurs am 01.09.2009 beginnen würde.

Herr Löhmann fragte hierzu an, welche Personalkapazitäten zu diesem Kursangebot benötigt werden würden und ob ein entsprechender Kurs bei der VHS Eschweiler stattfinden könne.

Herr Rieder sagte dazu, dass es bis zum Jahresende eine neue Ausschreibung geben soll, an der sich die Stadt Eschweiler beteiligen könne.

Herr Schmidt führte aus, dass die VHS Eschweiler sehr intensive Erfahrungen mit Integrationskursen hätte und dass die Volkshochschulen hieran beteiligt werden würden, da diese die Kontakte zu den Menschen hätten.

Herr Rombach merkte an, dass diejenigen, die über einen Aufenthaltstitel nach § 104 a AufenthG (Altfallregelung) verfügen, in diese Maßnahmen gebracht werden müssten. Insbesondere sagte er dazu, dass die Maßnahme des § 104 a AufenthG Ende des Jahres 2009 auslaufen würde, und dass die Personengruppe des § 104 a AufenthG dann wieder in die Duldung zurückfallen würde und nicht mehr leistungsberechtigt sei nach SGB II.

Herr Pieta fragte an, ob ein Zertifikat über die Teilnahme dieses Kurses ausgestellt werden würde. Herr Rieder sagte hierzu, dass es bis jetzt kein Zertifikat gäbe und dass auch keine Zertifikate geplant seien. Weiterhin ergänzte er hierzu, dass ein direkter Einstieg aus dem Kursus in das Arbeitsleben geplant sei.

Herr Spies wies im Zusammenhang mit den Ausschreibungsmodalitäten darauf hin, dass es in diesem Zusammenhang für die VHS problematisch werden könnte, überhaupt an einer solchen Ausschreibung teilnehmen zu können. Außerdem merkte er an, dass es viele Selbständige mit Migrationshintergrund gäbe, es jedoch bei vielen am Nachweis der Ausbildereignung mangeln würde. Weiterhin führte er aus, dass nach Beseitigung dieses Mangels viele Menschen über die Maßnahme der berufsbezogenen Sprachförderung hinaus betrieblich ausgebildet werden könnten.

Herr Rieder sagte dazu, dass es erleichterte Verfahren zur Erteilung der Ausbildereignung gäbe und dass die Kammern und die öffentlichen Agenturen hierzu mit einbezogen werden müssten. Ergänzend hierzu erwähnte er, dass Betriebe gemeinsam an die Bundesagentur für Arbeit herantreten müssten, um Anträge zu diesem erleichterten Verfahren zu stellen. Herr Rieder merkte hierzu an, dass der finanzielle Aspekt hierbei genauso betrachtet werden müsste wie die vorgeschriebenen Berufsschulen.

Herr Schmidt wies auf die Problematik hin, dass es Unterschiede in der Vorbildung gäbe, und dass es Ergänzungskurse geben müsste, wie bspw. Alphabetisierungskurse. Insbesondere wies er auf das Programm HIM (Handwerk integriert Migranten) hin.

Herr Rombach merkte an, dass es unabhängig eines Aufenthaltstitels möglich sein soll, eine Förderung zuzulassen und dass dies in eine Co-Finanzierung mit eingeschlossen werden könnte. Er fragte zudem an,

ob eine Co-Finanzierung aus dem SGB III – Bereich möglich sei analog des „Bildungsgutscheines“. Er wies Herrn Rieder in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hier Handlungsbedarf bestünde. Herr Rieder sagte zu, dass entsprechende Maßnahmen hierzu angebracht werden würden.

Herr Zaman bat Herrn Rieder, gemeinsam mit Mitgliedern der Migrantenvertretungen die Maßnahmen zu besprechen. Weiterhin bat er darum, diese Maßnahmen entsprechend über die Moscheen und Vereine vorzustellen und den Leuten näher zu bringen.

Eine Kopie der Broschüre zur Maßnahme der berufsbezogenen Sprachförderung ist in der Anlage beigelegt.

### **A 3            Vorstellung des Amtes Seniorenbeauftragter - Mündlicher Vortrag –**

Herr Effenberg stellte sich vor und trug vor. Die Inhalte des Vortrages befinden sich im Anhang.

Im Anschluss an seinen Vortrag merkte er an, dass die Arbeit für Senioren unabhängig von der Nationalität und der Glaubensrichtung der Personen, die beraten werden, sein müsste.

Frau Zollorsch fragte an, ob Migranten dieses Angebot nachfragen würden. Herr Effenberg teilte hierzu mit, dass mindestens zweimal pro Woche in erster Linie Menschen aus dem EU-Ausland zu ihm oder in das Seniorenzentrum Marienstraße kommen würden. Frau Louadj fragte an, wie man Betreuerin werden könnte. Herr Effenberg bot Frau Louadj hierzu an, dass sie ihn konsultieren solle.

### **A 4            Sachstandsmitteilung Folklorefest - Mündlicher Vortrag -**

Frau Ecker trug vor und teilte mit, dass es insbesondere zur Veranstaltung Sport ohne Grenzen bisher eine positive Resonanz gegeben hätte.

Sie beschrieb das Programm zur Sportwoche, welches an öffentlichen Stellen im Rathaus ausgelegt wurde und nannte verschiedene Gruppen, die an der Veranstaltung teilnehmen würden.

### **A 5            Newsletter Migration und Bevölkerung**

Herr Rombach trug vor und bezog sich auf den Artikel „Deutschland: Studie löst Kontroverse über die Integration Türkischstämmiger aus“ auf den Seiten 2 bis 3 des Newsletters Migration und Bevölkerung (Ausgabe 2, März 2009) und merkte an, dass die Studien kontrovers

hinterfragt werden sollten, da es hierzu Gegenstudien geben würde. Eine Kopie dieses Newsletters ist in der Anlage beigefügt.

Frau Zollorsch bat darum, dass die Personen, die diesen Newsletter nicht durch das Internet beziehen könnten, Zugang hierzu bekommen sollten. Herr Rombach sagte hierzu, dass sich dieser Personenkreis bei Interesse an die Geschäftsstelle Integration (Frau Albertz) wenden sollte.

## **A 6           Anfragen und Mitteilungen**

Zur Beschlussfassung der Änderung § 27 GO NRW am 26.06.2009 im Landtag werden der Integrationsratssitzende Herr Zaman und eine Mitarbeiterin aus der Abteilung 501 teilnehmen.

Frau Zollorsch merkte an, dass die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen sei, da der Fragebogen zur Einbürgerung aufgrund des Umfangs die Leute abschrecken würde.

Herr Rombach sagte hierzu, dass das Feedback zur Einbürgerung in Eschweiler positiv sei. Er ergänzte hierzu, dass im Jahr 2008 in Stolberg 63 Einbürgerungen vorgenommen wurden. In Eschweiler wurden in 2008 101 Einbürgerungen vorgenommen. Eine Statistik, aus denen die Anzahl der Einbürgerungen der Kommunen Eschweiler, Stolberg, Alsdorf und Würselen hervorgehen würde, ist in der Anlage beigefügt. Nach Information des Bürgerbüros der Stadt Eschweiler wurden im Jahr 2009 bis jetzt 40 Einbürgerungsurkunden ausgehändigt. Weitere 34 Anträge zur Einbürgerung liegen vor.

Herr Löhmann fragte an, wann der Integrationsrat über die Änderung des § 27 GO NRW informiert werden würde. Herr Rombach sagte hierzu, dass die Entscheidung hierzu vor der Sommerpause getroffen werden würde und gegebenenfalls eine Sondersitzung des Integrationsrates hierzu einberufen werden würde. Nach Meinung von Herrn Löhmann sei die beabsichtigte Gesetzesänderung kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

Frau Louadj fragte an, inwieweit Beratungen zu den Sprachprüfungen A1 und B1 durchgeführt werden würden. Herr Schmidt sagte hierzu, dass diese Beratungen grundsätzlich von der VHS durchgeführt werden würden.

Frau Ecker beantragte, Herrn Graaf und Herrn Schillings von der ARGE im Kreis Aachen für die nächste Integrationsratssitzung einzuladen, damit diese ihre Arbeit vorstellen können, insbesondere zum Thema Hilfe für Arbeitslose und besonders zum Thema Migranten. Sie bat, die Einladung des Herrn Graaf und des Herrn Schillings, von Seiten der Verwaltung vorzunehmen.

Die Bertelsmann-Stiftung geht in ihrer Forschung zur Demografieentwicklung bis zum Jahr 2025 von folgenden Zahlen aus:

NRW	- 2,4 % der Bevölkerung
Kreis Aachen	+ 1,1 % der Bevölkerung
Stadt Eschweiler	+ 3,2 % der Bevölkerung

Die Bevölkerung wird also von ca. 55.600 im Jahre 2006 auf ca. 57.500 Einwohner im Jahre 2025 zunehmen.

#### **Größte Gruppe in Eschweiler (etwa die Hälfte der Einwohner)**

25 – 64-jährige	29.414 Personen (2006)
	29.277 Personen (2025)
<b>Rückgang</b>	<b>- 137 Personen</b>

über 65-jährige	11.198 Personen (2006)
	15.299 Personen (2025)
<b>Zuwachs</b>	<b>+ 4.101 Personen</b>

<b>Kinder</b>	14.534 Personen (2006)
	12.868 Personen (2025)
<b>Rückgang</b>	<b>- 1.666 Personen</b>

Interessant hierbei ist, dass bei einem Gesamt-Ausländeranteil im Jahre 2007 von ca. 8,8 % der Anteil der ab 65-jährigen bei ca. 4,3 % liegt (Kreis 4,7 %, Land auch 4,7 %) und dies bis zum Jahr 2025 etwa konstant bleibt. Die 15 – 24-jährigen bilden hier die stärkste Gruppe mit etwa 12,2 %.

Zur Altersarmut:

Aktuell erhalten in Eschweiler 678 Personen Leistungen der Sozialhilfe, davon 532 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. 15,8 % (52 Personen) hiervon sind ausländischer Nationalität.

- 1 Belgien
- 3 Bosnien
- 2 Griechenland
- 1 Ungarn
- 2 Kroatien
- 5 Italien

- 1 Israel
- 1 Iran
- 2 Irak
- 1 Lettland
- 4 Marokko
- 1 Mazedonien
- 1 Moldawien
- 5 Libanon
- 6 Russland
- 2 Turkmenistan
- 8 Türkei
- 6 ungeklärt

Zum 01.09.2008 hat mich der Bürgermeister neben meinen Aufgaben als stellvertretender Leiter des Sozialamtes und Leiter der Abteilung für Sozialhilfe zum Seniorenbeauftragten dieser Stadt ernannt. Dies ist eine freiwillige Aufgabe, die die Stadt übernommen hat.

Zu meiner Person:

Ich bin 60 Jahre alt, als Beamter seit 43 Jahren im öffentlichen Dienst, seit 27 Jahren im Sozialamt und seit 10 Jahren bei der Stadt Eschweiler beschäftigt.

Der Anteil der Tätigkeit als Seniorenbeauftragter liegt bei einem Arbeitszeitanteil von etwa 20 %. Zusätzlich wird mit 25 % noch eine Sozialarbeiterin in diesem Aufgabenbereich beschäftigt.

Wichtig ist uns beiden, dass wir Seniorenarbeit für Senioren machen – unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder Glaubensrichtung. Für uns gibt es nicht die deutschen Senioren und die ausländischen Senioren. Wir treten auch nicht in Konkurrenz zu Wohlfahrtsverbänden, Institutionen, Vereinen, dem Integrationskonzept oder gar dem Integrationsbeauftragten auf, arbeiten aber mit diesen eng zusammen wenn es um die Belange von Senioren geht.

Für die Definition der Seniorenarbeit habe ich die Bestimmung über die Altenhilfe im Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches bemüht, wo es heißt:

„Die Altenhilfe (Seniorenarbeit) soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.“

Es existiert in Eschweiler ein großes Angebot für ältere Menschen. Exemplarisch sei neben dem Angebot professioneller Anbieter im Bereich der Altenpflege und Betreuung das dichte



Angebot der Seniorenstuben genannt, das mit ehrenamtlichem Engagement geführt wird. Der Bereich Seniorensport wird durch die verschiedenen Vereine facettenreich abgedeckt.

Der Seniorenbeauftragte soll das Sprachrohr für die Senioren in Richtung Verwaltung/Politik sein aber gleichzeitig auch Ansprechpartner für die Menschen selbst.

Der Seniorenbeauftragte und mit ihm die Seniorenarbeit soll eine Ergänzung zum bestehenden Angebot sein, die eine Schlüsselfunktion einnimmt. Er ist erste Anlaufstelle für Senioren in Eschweiler. Man kann sie auch als Lotsenfunktion bezeichnen. Nach einer Situationsbeschreibung durch den Ratsuchenden soll ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden um ggf. Kontakt zu betreffenden Personen oder Institutionen herzustellen. Viele ältere Menschen haben Hemmungen, sich mit ihren Fragen oder Sorgen an eine Beratungsstelle einer Behörde zu wenden. Hier setzt die Dienstleistung der Seniorenarbeit an. Diese geht von dem Thema Wohnen über Bildung, Freizeit, Gesundheit bis hin zu kulturellen Angeboten. Neben der Einzelberatung und Vermittlung werden aber auch Vortragsangebote zu bestimmten Themen eingerichtet. Aktuell fand in diesem Jahr die Woche der Senioren statt mit insgesamt 25 Vortragsveranstaltungen. Hierfür bietet sich das städtische Seniorenzentrum in der Marienstraße 7 an, welches unabhängig von verbandlicher, parteilicher oder Glaubenszugehörigkeit als Beratungs- und Kontaktstelle für unsere älteren Mitbürger steht. Das Haus ist montags – freitags von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet. Ich lade ausdrücklich unsere ausländischen Senioren ein, das Haus kennen zu lernen. Wir bieten hier auch täglich wechselndes Mittagessen und nachmittags Kaffee und Kuchen zu moderaten Preisen an. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

In meinem Flyer und den aktuellen Seniorenwegweiser der Stadt Eschweiler und des Kreises Aachen sind alle Angebote für ältere Mitmenschen aufgeführt.

Ich ermutige alle, Seniorinnen und Senioren aber auch in der Seniorenarbeit Tätigen, den Kontakt zu mir aufzunehmen. Ich weiss, dass nicht alle Wünsche umsetzbar sind – vieles ist kurzfristig, anderes aber mittel- oder langfristig in die richtigen Wege zu leiten.



**Zu TOP A 2**

## Was ist berufsbezogene Sprachförderung?

Berufsbezogene Sprachförderung ist ein Kursangebot für alle Personen mit Migrationshintergrund, die Arbeit suchen oder in ihrem Beruf weiter kommen wollen.

Die Kurse werden vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) organisiert.

Ein Kurs hat maximal 730 Unterrichtsstunden und dauert von sechs (Vollzeitkurs) bis zu zwölf Monaten (Teilzeitkurs).

Die Kurse bestehen in der Regel aus:

- Berufsbezogenem Sprachunterricht
- Qualifizierung mit drei Teilen:

1. Theoretischer Unterricht
2. Praktikum
3. Betriebsbesichtigungen

Vor Beginn des Kurses ermitteln wir gemeinsam mit Ihnen die konkreten Inhalte und den tatsächlichen Kursaufbau. Diese richten sich flexibel nach Ihren persönlichen Sprach- und Qualifizierungsbedürfnissen.

## Welche Zielsetzung hat die berufsbezogene Sprachförderung?

Nach einem Kurs sollen Sie sprachlich und fachlich in solchem Maße qualifiziert sein, dass Sie entweder leichter eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt finden, oder aber Ihre Integration im Arbeitsmarkt nachhaltig gefestigt ist.



## Welche Voraussetzungen bestehen für eine Kursteilnahme?

- Migrationshintergrund:  
Einen Migrationshintergrund haben Sie ungeachtet der Staatsangehörigkeit, wenn Sie selbst, mindestens ein Elternteil oder Ihre Großeltern nach Deutschland eingewandert sind.
- Deutsch als Zweitsprache:  
Deutsch darf nicht Ihre Muttersprache sein. Sie sollten aber über Grundkenntnisse verfügen.
- Keine Schulpflicht:  
Sie müssen Ihre Schulpflicht bereits erfüllt haben.

## Was lernen Sie im Kurs?

Für die Inhalte des berufsbezogenen Sprachkurses sind zwei Punkte entscheidend:

1. Ihre sprachlichen Vorkenntnisse und Qualifikationen
2. Die Qualifikationen, die auf dem regionalen Arbeitsmarkt gefragt sind.

Jeder Kurs wird anhand dieser zwei Punkte individuell abgestimmt. Deshalb gibt es keine festgelegten Stundenanteile von Sprachunterricht und Qualifizierung.

- Berufsbezogener Sprachunterricht:  
Der berufsbezogene Sprachunterricht konzentriert sich neben dem allgemeinen Deutschunterricht vornehmlich auf berufsfeldübergreifende sprachlich-kommunikative Kompetenzen und grammatische Strukturen. Je nach Teilnehmergruppe kann der Kurs aber auch Inhalte des Fachsprachenunterrichts (Fachtermini für ein spezifisches Berufsfeld etc.) einschließen.
- Qualifizierung mit drei Teilen:  
Die Qualifizierung und ihre drei Teile bauen auf Ihrem Qualifizierungsbedarf auf und erweitern Ihre Kenntnisse um Inhalte, die auf dem regionalen Arbeitsmarkt und im Hinblick auf Ihre (zukünftige) Beschäftigung von Bedeutung sind. Das Angebot kann z. B. Mathematik und EDV Kenntnisse, aber auch allgemeine/spezielle Berufskunde oder ein Bewerbungstraining einschließen. Bei Bedarf wird der Stoff im Rahmen von Praktika und Betriebsbesichtigungen der praktischen Anwendung unterzogen und vertieft.

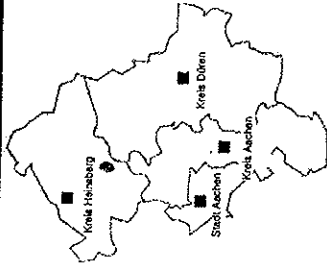
## Wie können Sie an der berufsbezogenen Sprachförderung teilnehmen?

- Wenn Sie Sozialleistungen (Arbeitslosengeld oder „Hartz IV“) erhalten oder arbeitsuchend gemeldet sind, wenden Sie sich bitte an Ihre/n Vermittler/in in der Arbeitsagentur oder Arbeitsgemeinschaft.
- Wenn Sie arbeiten möchten, aber noch nicht arbeitsuchend gemeldet sind, müssen Sie sich zunächst bei der für Sie zuständigen Agentur für Arbeit melden.
- Wenn Sie beschäftigt sind und die Teilnahme an einem berufsbezogenen Sprachkurs für den Erhalt Ihres Arbeitsplatzes erforderlich ist, können Sie sich an Ihren Arbeitgeber wenden. Dieser erhält von uns oder dem Bundesamt weitere Informationen. In diesem Fall ist eine zumindest anteilige Freistellung von der Arbeit sowie die Lohnfortzahlung Voraussetzung.

## Was kostet die Teilnahme an einem Kurs?

- Die Teilnahme ist kostenlos.
- Sofern Sie Sozialleistungen (Arbeitslosengeld oder „Hartz IV“) erhalten, bekommen Sie die Fahrtkosten von uns erstattet.
- Haben Sie Kinder, die während Ihrer Teilnahme am Kurs betreut werden müssen, helfen wir Ihnen bei der Suche nach einer geeigneten Kinderbetreuungsmöglichkeit. Die Kosten können in Härtefällen unter bestimmten Voraussetzungen übernommen werden.

## Sprechen Sie mit uns:



**Im Kreis Aachen:**  
RAG Bildung GmbH  
Blumenrather Str. 21  
52477 Alsdorf  
Tel.: 02404 55126-283  
Frau Monika Kappes

**Im Kreis Düren:**  
FAW gGmbH,  
Akademie Aachen  
Außenstelle Düren  
Arnoldsweilerstr. 29  
52351 Düren  
Tel.: 02421 22315-12  
Frau Claudia Fabbender  
Herr Hans-Josef Spieker

**Im Kreis Heinsberg:**  
Ortsverein Lernen Fördern  
Hückelhoven e. V.  
Vogteistr. 6  
52511 Geilenkirchen  
Tel.: 02451 66444  
Frau Ursula Fabisch

**In der Stadt Aachen:**  
TERTIA Berufsförderung  
GmbH & Co.KG  
Jülicher Str. 334  
52070 Aachen  
Tel.: 0241 189268-13  
Frau Dorothee Breuer

**Ansprechpartner für  
Vereine und Organisationen  
für Migranten:  
Berufsvorbereitende  
Bildungsmaßnahmen  
Kaymakoglu & Mutlu GbR  
Reichsweg 19-42  
52068 Aachen  
Tel.: 0241 91287964  
Herr Ferhan Kaymakoglu**



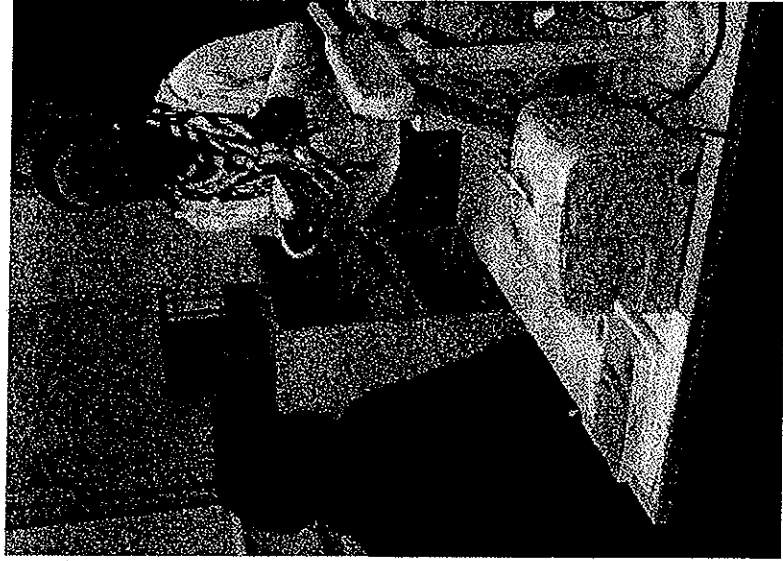
**Ortsverein Lernen Fördern,  
Migration e.V.**



**RAG  
Bildung**



**TERTIA**



# Berufsbezogene Sprachförderung

ESF-BAMF-Programm

gefördert durch:



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



**Zu TOP A 5**

### In eigener Sache: Printausgabe muss vorerst eingestellt werden

Liebe Leserinnen und Leser, diese Ausgabe ist vorläufig die letzte Ausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“, die in gedruckter Fassung erscheinen kann. Die Online-Fassung wird es wie gewohnt weiter geben.

Unser langjähriger Kooperationspartner, das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), hatte lange im Vorfeld angekündigt, dass die Finanzierung der Printausgabe ab 2009 auf neue Füße gestellt werden muss. Bisher ist es nicht gelungen, eine neue Förderung für den Druck und Versand des Newsletters zu sichern.

„Migration und Bevölkerung“ ist der einzige Newsletter, der seit nunmehr elf Jahren umfassend, unabhängig und kritisch über die

Entwicklungen und Debatten im Bereich der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik berichtet und bis jetzt immer noch in gedruckter Fassung vorlag.

Den Newsletter gibt es seit Anfang 1998, seitdem sind

122 Ausgaben erschienen. Derzeit gibt es rund 11.000 Abonnements (Print- und E-Abo). Wir möchten daher die Printausgabe, die pro Jahr rund 25.000 Euro kostet, so bald wie möglich wieder herausgeben. Hierfür suchen wir neue Förderer. Für Ihre Ideen und Vorschläge, die uns dabei helfen könnten, wären wir sehr dankbar. Schreiben Sie uns ([mub@migration-info.de](mailto:mub@migration-info.de)).

Es wird „Migration und Bevölkerung“ weiterhin in elektronischer Form im E-Abonnement geben. Wir möchten alle Leserinnen und Leser der Printausgabe bitten, den Newsletter online zu abonnieren ([www.migration-info.de/mub\\_abo.php](http://www.migration-info.de/mub_abo.php)). So werden Sie auch in Zukunft regelmäßig von uns mit aktuellen Informationen rund um die Themen Migration, Integration und Bevölkerungsentwicklung versorgt.

Das Netzwerk Migration in Europa e. V., die Bundeszentrale für politische Bildung und das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut werden auch künftig im gemeinsamen Projekt focus Migration eng zusammenarbeiten und hier neue Informationsangebote entwickeln ([www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)).

Die Redaktion

Inhalte	
In eigener Sache: Printausgabe muss vorerst eingestellt werden	1
Deutschland: Mehr Hilferufe wegen Zwangsehen und Gewalt im Namen der „Ehre“	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Studie löst Kontroverse über die Integration Türkischstämmiger aus	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Italien: Lampedusa im Ausnahmezustand	3
Kurzmeldungen – Deutschland III	4
Aufnahme von Guantánamo-Inhaftierten	4
Kurzmeldungen – Europa I	4
Japan: Regierung will Einwanderer trotz Finanzkrise halten	5
Kurzmeldungen – Europa II	5
Literatur / Veranstaltung / Wettbewerb	6
Kurzmeldungen – Welt	6

Zusätzlich in der Internetausgabe ([www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)):

Finnland: Neue Beratungsstelle für Einwanderer

Thailand: Militär misshandelt Boatpeople

197 Frauen und Mädchen haben sich im vergangenen Jahr Hilfe suchend an Terre des Femmes gewandt, knapp 15 % mehr als im Vorjahr. Dies könnte auf eine gestie-

gene Bereitschaft der betroffenen Frauen hinweisen, sich Hilfe zu suchen, da das Thema inzwischen auch verstärkt in den Medien diskutiert wird, aber auch auf gestiegene Fallzahlen (vgl. MuB 4/06, 3/05).

Die Organisation hat seit 2006 nach eigenen Angaben 543 Frauen und Mädchen beraten, die von Zwangsheirat und Gewalt im Namen der Ehre bedroht

### Deutschland: Mehr Hilferufe wegen Zwangsehen und Gewalt im Namen der „Ehre“

Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes berichtet für 2008 von einem Anstieg der Hilferufe von Frauen und Mädchen, „die von einer Zwangsheirat oder Gewalt im Namen der so genannten Ehre bedroht oder betroffen waren“.

Terre des Femmes fordert einen konsequenteren Ausbau der Hilfsangebote. oder betroffen waren. „Gegen ein Drittel davon waren zum Zeitpunkt ihres Anrufes bereits Morddrohungen ausgesprochen worden“, sagte Jasmine Olbort von Terre des Femmes. Mitunter sei die sofortige Flucht aus der Familie der lebensrettende Ausweg. Olbort zufolge handelt es sich vor allem um Frauen aus der Türkei, den Kurdengebieten Syriens, Irans und Iraks sowie dem Kosovo, dem Libanon und Indien.

Im Dezember hat Terre des Femmes mit Hilfe von Fördermitteln aus dem EU-Integrationsfonds damit begonnen, eine bundesweite Koordinierungsstelle zum Thema Zwangsheirat und Gewalt im Namen der Ehre einzurichten. Die Koordinierungsstelle hat ihren Hauptsitz in Tübingen und eine Zweigstelle in Berlin. So sollen bereits bestehende nichtstaatliche Beratungsangebote besser vernetzt werden. Derzeit sind eine Internetplattform und ein Fachnetzwerk im Aufbau. Im Fachnetzwerk kooperieren 35 Einrichtungen, die mit Betroffenen arbeiten, sowie Rechtsanwälte und Psychologen.

Aufsehen erregte zuletzt ein Urteil des Hamburger Landgerichts vom 13. Februar gegen den Bruder der Deutsch-Afghanin Morsal Obeidi. Ahmad-Sobair Obeidi hatte seine 16-jährige Schwester im Mai 2008 wegen ihres „westlich orientierten Lebenswandels“ erstochen. Das Gericht bewertete die Tat als Mord aus Heimtücke



Bundeszentrale für politische Bildung

NETZWERK  
MIGRATION  
IN EUROPA



Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut



und niedrigen Beweggründen (Az. 621Ks17/08). Es verurteilte den 24-Jährigen zu lebenslanger Haft. Nach der Verkündung des Urteils kam es im Gerichtssaal zu tumultartigen Szenen, da die Familienangehörigen über den Ausgang des Verfahrens empört waren und die lebenslange Haftstrafe nicht hinnehmen wollten.

„Ich bin froh, dass der Richter nicht auf Totschlag erkannte, sondern die volle Härte des Gesetzes den Angeklagten hat spüren lassen“, sagte der Generalse-

kretar des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V. Aiman Mazyek. „Wir dichten sehr viel Islam in Sachen hinein, wo er eigentlich gar nicht hingehört“, sagte Mazyek. „Es gibt keinen leisesten Verdacht, dass Mord aus Ehre oder sonstigen Gründen zu rechtfertigen ist. Mord bleibt Mord.“ as

Weitere Informationen: [www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de), [www.hamburg.de/landgericht](http://www.hamburg.de/landgericht)

## Deutschland: Studie löst Kontroverse über die Integration Türkischstämmiger aus

Unter dem Titel „Ungenutzte Potentiale“ hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung am 26. Januar Ergebnisse zum Stand der Integration in

### Kurzmitteilungen – Deutschland

**BaWü: Kopftuchurteil in letzter Instanz**  
Der Kopftuchstreit einer zum Islam konvertierten Lehrerin in Baden-Württemberg ist vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 26. Januar endgültig zugunsten des Landes Baden-Württemberg entschieden worden. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim hatte im März 2008 geurteilt, dass „eine Lehrerin gegen eine durch das Schulgesetz auferlegte Dienstpflicht verstößt, wenn sie in der Schule erkennbar aus religiösen Gründen eine Kopfbedeckung trägt“ (Az. 4 S 516/07). Der VGH hatte keine Revision zugelassen. Dagegen hatte die Lehrerin Beschwerde eingelegt, die nun abgewiesen wurde. Der 2. Senat des Bundesverwaltungsgerichts maß dem Fall keine grundsätzliche Bedeutung zu und verwies auf frühere höchstrichterliche Entscheidungen zum Kopftuchverbot (vgl. MuB 10/08, 9/08, 6/08). <http://vghm Mannheim.de/servlet/PB/menu/1219974/index.html>

**BVerwG: Abschiebeurteil aufgehoben**  
Der türkische Staatsbürger Ahmet S., dessen Eltern im Jahr 1990 falsche Angaben bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels gemacht hatten, darf vorerst nicht in die Türkei abgeschoben werden. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig Ende Januar (Az. 1 C 40/07) und verwies den Fall zurück an das niedersächsische Oberverwaltungsgericht. Dieses muss nun prüfen, ob dem 1979 im Libanon geborenen Türken die Aufenthaltserlaubnis nicht zumindest aus humanitären Gründen (§ 25 Abs. 4 Satz 2 Aufenthaltsgesetz) erteilt werden kann. Der Mann lebt seit 1985 in Deutschland. Vor vier Jahren wurde bereits die Ehefrau des Klägers mit den zwei jüngsten Kindern in die Türkei abgeschoben, da auch ihre Eltern bei der Einreise falsche Angaben gemacht hatten. Erhält Ahmet S. nun eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen, dürfen auch seine Frau und die beiden Kinder wieder nach Deutschland einreisen. [www.bverwg.de](http://www.bverwg.de), [www.nds-fluerat.org/pressemitteilungen/revisions-verhandlung-von-ahmet-siala/#more-1733](http://www.nds-fluerat.org/pressemitteilungen/revisions-verhandlung-von-ahmet-siala/#more-1733) (Dokumentation des Falls)

Deutschland präsentiert. Dabei verglich das Institut zum ersten Mal die Integration von Zuwanderern aus einzelnen Herkunftsrregionen miteinander.

Das Jahr 2009 hat mit einer heftigen Debatte über die Integration von Zuwanderern begonnen. Anlass ist die aktuelle Studie „Ungenutzte Potentiale“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Da die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Zukunft weiter wachsen wird, ist Deutschland auf gut integrierte Migranten angewiesen, heißt es in der Studie. Um politische Maßnahmen gezielt einsetzen zu können, haben Forscher des Berlin-Instituts einen „Index zur Messung von Integration“ entwickelt, um den Ist-Zustand zu ermitteln. 15 Indikatoren wurden dabei auf die Daten des Mikrozensus angewendet, bei dem im Jahr 2005 erstmals die nationale Herkunft der Befragten festgehalten wurde (vgl. MuB 10/08, 5/07, 5/05). Die einzelnen Indikatoren beschreiben die „Assimilation“ mit so genannten Einheimischen (z. B. durch Heirat mit Deutschen oder Einbürgerung), die Bildungssituation der Zuwanderergruppen, ihre Beteiligung am Erwerbsleben und ihre finanzielle Absicherung.

Einige Indikatoren wurden zudem nur mit Blick auf Jugendliche ausgewertet, um die Entwicklung der zweiten Generation innerhalb der Zuwanderergruppe zu analysieren. Die Herkunft wurde unterteilt in „Aussiedler“, „Türkei“, „Südeuropa“,

„weitere Länder der EU-25“, „ehemaliges Jugoslawien“, „Ferner Osten“, „Naher Osten“ und „Afrika“.

Ergebnisse der Studie: Am besten integriert ist die Wanderungselite der so genannten „weiteren EU-Länder“, zu denen u. a. Skandinavier, Briten und Franzosen zählen, nicht aber Südeuropäer wie Portugiesen, Spanier, Italiener und Griechen. Erstere sind demnach gut gebildet und finden leicht eine Beschäftigung in Deutschland. Als „sehr integrationsfreudige Gruppe“ werden außerdem Aussiedler genannt – mit rund 4 Mio. die größte Migrantengruppe in Deutschland. Bei ihnen habe sich die Zahl der Arbeitslosen von der ersten auf die zweite Generation fast halbiert, der Anteil der Abiturienten sei stark gestiegen.

Mit Abstand am schlechtesten integriert sind laut der Studie Zuwanderer mit türkischem Hintergrund. Obwohl knapp die Hälfte von ihnen bereits hier geboren ist, haben nur 32 % einen deutschen Pass, nur 5 % gehen eine Ehe mit Einheimischen ein. Jeder Dritte hat keinen Schulabschluss und nur 14 % machen Abitur.

Auch wenn die Jugendlichen im Vergleich zu ihrer Elterngeneration Fortschritte gemacht haben, liegt ihr Anteil unter den höher Gebildeten weit unter dem Durchschnitt.

Auf dem Arbeitsmarkt wirken sich die Bildungsdefizite der Türkischstämmigen folglich negativ aus. Kaum einer schafft es in den öffentlichen Dienst oder in so genannte Vertrauensberufe wie Arzt oder Lehrer. Die Hausfrauenquote liegt mit über 50 % sehr hoch. Laut den Autoren ist ein Grund für die dürftigen Fortschritte der Zuwanderer aus der Türkei ihre Herkunft aus wenig entwickelten Gebieten in Ostanatolien, viele kamen als Gastarbeiter ohne Schul- und Berufsabschluss. Als weiteren Grund führen sie die mangelhaften Integrationsangebote der deutschen Politik bis in die 1990er Jahre an.

Die Studie weist auf regionale Unterschiede bei den Integrationserfolgen hin. Relativ gute Werte weisen demnach Hessen und Hamburg auf, das Saarland dagegen erreicht besonders schlechte Werte. Insgesamt verläuft die Integration nirgendwo in Deutschland wirklich zufriedenstellend, so das Fazit. Selbst in den Bundesländern mit den besten Ergebnissen sind Migranten mehr als doppelt so oft erwerbslos wie Einheimische oder hängen von öffentlichen Leistungen ab. Die Autoren warnen vor brisanten gesellschaftlichen Problemen, die eine unzureichende Integration mit sich bringt. Sie empfehlen, Schulen zu ganztägigen Integrationszentren auszubauen und ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen. Die Mehrheitsgesellschaft sei gefordert, die Potentiale der Zuwanderer zu nutzen.

**Ausbildungspakt:** Wie dringend notwendig eine bessere Integration ist, bestätigte am 2. Februar auch ein Treffen zwischen Vertretern der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit, die einen Ausbildungspakt geschlossen haben. Vor allem

### Kurzmeldungen – Deutschland II

#### Berlin: Kampagne für mehr Lehrer aus Einwandererfamilien

Der Berliner Integrationsbeauftragte Günther Piening (Bündnis 90/Die Grünen) hat Ende Januar eine Kampagne gestartet, um mehr Einwanderer für den Lehrerberuf zu gewinnen. Die somit erweiterte Kampagne „Berlin braucht dich“ soll junge Menschen mit Migrationshintergrund über ihre beruflichen Möglichkeiten im öffentlichen Dienst aufklären. Während die Vielfalt in Berliner Klassenzimmern wachse, seien in den Kollegien kaum Lehrkräfte mit Migrationshintergrund anzutreffen, sagte Piening. Die Einwanderungsgesellschaft müsse sich auch im Lehrerzimmer widerspiegeln. Das Ziel, die Integration junger Migranten durch Bildung zu verbessern, gelinge den Schulen umso besser, je interkultureller sie ausgerichtet seien.

[www.berlin.de/lb/intmig/piening.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/piening.html)

#### Rheinland-Pfalz: Erster muslimischer Kindergarten

Die „Al Nur Kindertagesstätte“ in Mainz hat Anfang Februar ihren Betrieb aufgenommen. Mehr als zwei Jahre wurde über die Gründung des ersten islamischen Kindergartens in Rheinland-Pfalz gestritten. Die Mainzer CDU hatte u. a. kritisiert, dass das Konzept nur muslimische Eltern anspreche und so die Entstehung von Parallelgesellschaften fördere. Dies wies der Betreiber, der Arab Nil-Rhein Verein, zurück. Eines der Hauptziele sei, den Kindern vor der Einschulung Deutschkenntnisse zu vermitteln. Auch Nichtmuslime seien willkommen. Das Landesjugendamt hatte dem Verein Ende 2008 eine Betriebslaubnis erteilt. Zu den Auflagen gehörten die Begleitung durch einen wissenschaftlichen Beirat, feste Kontakte zu nichtmuslimischen Kitas und die Distanzierung von extremistischen Tendenzen. Deutschlandweit gibt es nach Informationen des Arab Nil-Rhein Vereins rund zehn islamische Kindertagesstätten. [www.alnur.de](http://www.alnur.de)

#### Schulbesuch künftig möglich

In Zukunft sollen Kinder von Ausländern, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, zur Schule gehen dürfen. Bisher müssen Schulen oder Kindergärten Verdachtsfälle illegalen Aufenthalts den Ausländerbehörden melden (§ 87 AufenthG). Dadurch wurden viele Kinder, deren Eltern keine gültigen Aufenthaltspapiere hatten, vom Schulbesuch ausgeschlossen, obwohl sie mitunter über Jahre in Deutschland lebten. Die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) sagte Ende Januar, die Bundesregierung erarbeite derzeit Verwaltungsvorschriften „die die Unsicherheiten beseitigen und pragmatische Lösungen für die betroffenen Kinder bringen sollen“.

ger bezeichnete das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) als „humanitär besorgniserregend“.

Seit Jahresbeginn gilt ein beschleunigtes Asylverfahren. Nach der Durchsicht ihrer Unterlagen werden

beim Handwerk, so hieß es, sei schon jetzt ein Bewerbermangel zu spüren. Ohne die Kinder von Zuwanderern könnten Lehrstellen in Zukunft nicht mehr besetzt werden. Doch bei der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher aus Zuwandererfamilien gibt es schwere Defizite: 16 % der ausländischen Jugendlichen haben keinen Schulabschluss und rund 40 % der 25- bis 34-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Diskussion: Die Ergebnisse zum Stand der Integration führten in der medialen Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Reaktionen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verlangte mehr Sprachförderung und eine konsequente Diskussion über Integration. Die migrationspolitische Sprecherin der SPD, Lale Akgün, hält die Studie für „eine völlig zutreffende Momentaufnahme der Situa-

tion vieler türkischer Einwanderer in Deutschland“.

„Es wurde zu wenig getan für die Integration von Türken“, sagte die Grünen-Politikerin Bilkay Öney. Der Landesverband der Linken in Berlin warnte davor, Integrationsdefizite zu ethnisieren. Das sei „falsch und politisch inakzeptabel“.

Der Islamwissenschaftler Bekir Alboga forderte, dass derartige Behauptungen über Türken erst an wissenschaftlichen Standards verifiziert werden müssten. Auch andere Wissenschaftler wie Hans-Peter Frühauf vom Institut für sozialpädagogische Forschung in Mainz kritisierten die Studie. Frühauf sprach von „quasi-objektiven Messinstrumenten“, die „methodisch völlig unzulässig“ seien. Der Begriff der Integration werde auf den Angleichungsprozess zwischen Einheimischen und Zuwanderern konzentriert.

Auch der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Klaus Bade, warnte davor, die Ergebnisse der Studie zu überschätzen: „Wir müssen diese Daten differenzieren: Der Index verführt zu einer Vermischung von Herkunftsorientierung und schichtspezifischen Merkmalen.“ Bade selbst hätte die schichtspezifischen Merkmale in den Vordergrund gestellt und nicht die Herkunft. *Ferda Ataman, Journalistin (Tagesspiegel), Berlin*

Weitere Informationen:

[www.berlin-institut.org/studien/ungenutzte-potenziale.html](http://www.berlin-institut.org/studien/ungenutzte-potenziale.html)

## Italien: Lampedusa im Ausnahmezustand

Nach der erneuten Überlastung des Aufnahmelagers auf der italienischen Mittelmeerinsel haben im Januar und Februar hunderte Boatpeople gemeinsam mit den Inselbewohnern gegen die Einwanderungspolitik der Regierung Berlusconi protestiert. Italien will mehr Bootsflüchtlinge direkt von Lampedusa aus abschieben. Die Europäische Union und das UN-Flüchtlingshilfswerk zeigten sich besorgt.

Hunderte Boatpeople erreichten im Januar die italienische Insel Lampedusa, die zwischen Sizilien und Tunesien liegt (vgl. MuB 1/09, 7-9/08, 5/08). Zwischenzeitlich befanden sich in dem für max. 850 Personen ausgelegten Flüchtlingslager der Insel fast 1.800 Menschen. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) mussten hunderte Menschen außerhalb der Gebäude in Zelten und unter Plastikplanen schlafen. Die Zustände in dem Auffangla-

ger bezeichnete das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) als „humanitär besorgniserregend“.

ger bezeichnete das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) als „humanitär besorgniserregend“.

die Boatpeople nun von Lampedusa direkt abgeschoben, sofern ihnen kein Asylrecht gewährt wird. Bisher durften die Betroffenen 48 Stunden in dem Lager auf Lampedusa festgehalten werden, um ihre Identität zu ermitteln. Anschließend mussten sie auf andere Zentren in Italien verteilt werden. Um das beschleunigte Abschiebungsverfahren angesichts der steigenden Zahlen ankommender Boatpeople überhaupt zu ermöglichen, arbeitet die italienische Regierung am Bau eines zweiten Auffanglagers für bis zu 5.000 Personen.

Gegen die Pläne der Regierung protestierten Ende Januar bis zu 3.000 Bewohner der Insel mit mehreren Demonstrationen und einem halbtägigen Generalstreik, teilweise gemeinsam mit den Bootsflüchtlingen. Der Stadtrat der Insel forderte den Rücktritt von Innenminister Maroni. Die Bewohner sorgen sich um den Ruf ihrer Insel und fürchten einen Einbruch der Tourismusbranche. Sie befürchten außerdem, dass ein zweites Lager den Zustrom der Boatpeople weiter ansteigen lasse.

Innenminister Maroni bereitet weitere bilaterale Rücknahmeabkommen vor, um die Abschiebung der aus Nordafrika kommenden Boatpeople zu beschleunigen. Ein solches Abkommen besteht bereits seit August 2006 mit Libyen (vgl. MuB 8/06). Ende Januar einigten sich die italienische und die tunesische Regierung auf eine ähnliche Vereinbarung. Maroni plant, in den kommenden Monaten rund 1.200 tunesische Migranten aus Lampedusa abzuschieben.

Im Februar protestierten die Lagerbewohner heftig gegen die Überführung der ersten etwa 100 tunesischen Bootsflüchtlinge in ein Abschiebelager in Rom. Nachdem zunächst rund 300 Boatpeople vergeblich in den Hungerstreik traten und erfolglos aus dem Lager auszubrechen versuchten, zündeten sie das Hauptgebäude des Flüchtlingslagers an. Bei

Auseinandersetzungen zwischen den Flüchtlingen und der Polizei gab es mehrere Verletzte.

Nach Angaben des italienischen Innenministeriums trafen 2008 rund 31.700 Boatpeople auf Lampedusa ein. Insgesamt waren die Zahlen der Bootsflüchtlinge im vergangenen Jahr in Italien

### Kurzmeldungen – Europa I

**EuGH: Urteil zum Flüchtlingsschutz**  
Flüchtlinge aus Bürgerkriegsstaaten können künftig auch dann so genannten subsidiären Flüchtlingsschutz erhalten, wenn sie eine persönliche Bedrohung nicht nachweisen können. Dies entschied am 17. Februar der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH, Az.C-465/07). Geklagt hatte ein Ehepaar aus dem Irak, dessen Schutzbegehren in den Niederlanden abgelehnt worden war, da sie eine spezifische Bedrohung nicht ausreichend nachweisen konnten. Der EuGH stellte nun klar, dass auch bei drohender „willkürlicher Gewalt“ Flüchtlinge einen Anspruch auf Schutz haben. Nach Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen und Asylexperten wird das Urteil v. a. Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Irak, Somalia und Afghanistan nutzen. „Der EuGH schließt eine Schutzlücke in Deutschland und Europa“, sagte Pro-Asyl-Europareferent Karl Kopp. [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), <http://curia.europa.eu>

**Frankreich: Aufenthaltstitel bei Kooperation mit Polizei**  
Frankreichs neuer Minister für Einwanderung und nationale Identität Eric Besson (UMP) hat Anfang Februar undokumentierten Einwanderern einen befristeten Aufenthaltstitel von mindestens 6 Monaten in Aussicht gestellt, wenn sie ihre Schleuser an die Polizei verraten. Künftig erhalten illegal Eingewanderte nach der Verhaftung 30 Tage Bedenkzeit, um eine Anzeige gegen ihre Schleuser zu erstatten. Kommt es zu einem Verfahren, kann das Aufenthaltsrecht bis zum Urteil immer wieder verlängert werden. Bei einer rechtskräftigen Verurteilung ihrer Schleuser können die Einwanderer einen 10-jährigen Aufenthaltstitel beantragen. Menschenrechtsorganisationen kritisierten Bessons Vorstoß, da er die humanitären Gesichtspunkte des Asyl- und Aufenthaltsrechts polizeilichen Erfordernissen unterordne. [www.immigration.gouv.fr](http://www.immigration.gouv.fr)

**Schweiz: Referendum gescheitert**  
Die Schweizer haben Anfang Februar in einem Referendum für die unbefristete Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (seit 2002) und für eine Ausdehnung der Freizügigkeit auf bulgarische und rumänische Staatsangehörige gestimmt. Knapp 60 % aller Teilnehmer sprachen sich dafür aus. Die rechtskonservative Schweizer Volkspartei (SVP) hatte das Referendum initiiert, nachdem Bundesrat und Parlament die unbefristete Weiterführung und Ausdehnung des Abkommens im Sommer 2008 beschlossen hatten. Sie wollten mit dem Referendum diesen Beschluss kippen. [www.admin.ch](http://www.admin.ch)

von 20.500 (2007) auf 36.900 (2008) gestiegen (vgl. MuB 9/08, 1/09).

Auch in der toskanischen Ortschaft Marina di Massa und in Turin kam es zu Flüchtlingsprotesten. Die Einwanderer protestierten für die Anerkennung ihrer Asylanträge und eine angemessene Unterbringung. In Marina di Massa endete eine Demonstration von rund 50 Migranten aus Somalia und Eritrea in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Verhandlungen mit der zuständigen Stadtverwaltung blieben in beiden Fällen erfolglos.

Die EU-Kommission erklärte Ende Januar, dass das Thema der Flüchtlinge am Mittelmeer Priorität habe. Eine Delegation mit EU-Justizkommissar Jacques Barrot soll demnächst nach Lampedusa reisen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Ende Januar sicherte die Kommission der italienischen Regierung bis 2013 Fördermittel in Höhe von 71 Mio. Euro aus dem Europäischen Rückkehrfonds (vgl. MuB 5/07) zu. Mit dem Geld sollen die Rückkehrpolitik Italiens an die europäischen Vorgaben angepasst, die Kooperation mit anderen

### Kurzmeldungen – Deutschland III

**Keine Erfassung in der Kriminalstatistik**  
Die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) hat Anfang Januar einen Vorstoß der CSU zurückgewiesen, künftig den Migrationshintergrund von Tatverdächtigen und verurteilten Straftätern in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu erfassen. CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer hatte gefordert, nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von Tatverdächtigen in der Kriminalstatistik auszuweisen. Da viele Täter inzwischen einen deutschen Pass hätten, ließe sich anders nicht ablesen, wie hoch die Kriminalität von Migranten tatsächlich sei, hatte Ramsauer argumentiert. „Davon kann für viele integrationswillige Migranten in Deutschland eine falsche Signalwirkung ausgehen, wenn nicht gleichzeitig die vielfältigen Ursachen von Kriminalität in den Blick genommen werden“, betonte Böhmer. [www.integrationsbeauftragte.de](http://www.integrationsbeauftragte.de)

EU-Staaten verstärkt sowie neue Rückkehrmaßnahmen entwickelt werden.

Abgeordnete des Europäischen Parlaments kritisierten ebenfalls Ende Januar die Zustände in den Aufnahmезentren für Flüchtlinge in Europa. Mitglieder des Innenausschusses hatten von 2005 bis 2008 Auffanglager in ganz Europa besichtigt. Die Dokumentation ihrer Beobachtungen stellten sie nun in einem Bericht (A6-0024/2009) vor. Der SPD-Abgeordnete und Asylexperte Wolfgang Kreissl-Dörfler sagte: „Was wir gesehen haben, ist zum Teil erschreckend.“ Das Europäische Parlament forderte in der anschließenden Resolution zur Anwendung der Richtlinie (T6-0047/2009) u. a. die Einrichtung eines „ständigen Besuchs- und Inspektionssystems“, verbesserte Schutzbestimmungen für unbegleitete und minderjährige Migranten sowie einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und Rechtsberatung.

Die Europäische Kommission hatte Anfang Dezember allgemeine Vorschläge zur Überarbeitung des europäischen Asylsystems vorgelegt. Für das Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Rat und Parlament sind zwei Jahre veranschlagt (vgl. MuB 1/09). *th*  
Weitere Informationen:  
[www.interno.it](http://www.interno.it), [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu),  
<http://ec.europa.eu>, [www.unhcr.org](http://www.unhcr.org)

## Aufnahme von Guantánamo-Inhaftierten

Nach Barack Obamas Anordnung, das umstrittene US-Gefangenenlager binnen Jahresfrist zu schließen, diskutieren Politiker in Deutschland und Europa weiterhin über eine mögliche Aufnahme von Inhaftierten.

Der neue Präsident der USA Barack Obama (Demokraten) hat die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo innerhalb eines Jahres angeordnet. In dem Dekret vom 22. Januar heißt es, dass die zum Zeitpunkt der Schließung noch inhaftierten Gefangenen „in ihre Heimat-

länder ausgeliefert, freigelassen, in einen Drittstaat überstellt oder in ein anderes US-Gefängnis“ gebracht werden sollen. Eine ministeriumsübergreifende Untersuchung der Fälle soll nun die rechtlichen Fragen für das weitere Vorgehen klären. Inzwischen haben sich einige Senatoren gegen eine Verlegung von Gefangenen in die US-Gefängnisse ihrer Bundesstaaten ausgesprochen. Die USA will Guantánamo-Insassen grundsätzlich kein Asyl gewähren. Daher beauftragte Obama das US-Außenministerium, die notwendigen Kooperationsverhandlungen mit ausländischen Regierungen aufzunehmen.

In Deutschland ist eine heftige Diskussion um eine mögliche Aufnahme von in Guantánamo Inhaftierten entstanden. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vertraten zunächst unterschiedliche Meinungen, haben ihre Positionen aber unlängst angenähert (vgl. MuB 1/09). Beide sprachen sich nun für eine

**Kurzmeldungen – Europa II****Großbritannien: Starkes Wachstum der muslimischen Bevölkerung**

Die muslimische Bevölkerung Großbritanniens ist in den letzten Jahren etwa zehnmal so schnell gewachsen wie der Rest der Gesellschaft. Das geht aus Angaben der Nationalen Statistikbehörde von Ende Januar hervor. Von 2004 bis 2008 (2,4 Mio.) wuchs die muslimische Bevölkerung um mehr als 500.000 Personen. Als Ursachen nennt die Behörde Einwanderung, höhere Geburtenraten der Muslime und die Konvertierung zum Islam. Zudem sei die Neigung, sich als Muslim zu bezeichnen, infolge des Kriegs gegen den islamistischen Terrorismus gestiegen. Im gleichen Zeitraum schrumpfte die christliche Bevölkerung um über 2 Mio. auf nunmehr 42,6 Mio. Da die christliche Bevölkerung im Durchschnitt deutlich älter als die muslimische ist, wird sich dieser Trend sehr wahrscheinlich fortsetzen. Der Generalsekretär des Muslimischen Rats Großbritanniens Muhammad Abdul Bari sagte, der größere muslimische Einfluss dürfe nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.

[www.timesonline.co.uk/tol/news/uk/article5621482.ece](http://www.timesonline.co.uk/tol/news/uk/article5621482.ece)

**Schweden: Skandal in Gesundheitsfürsorge**  
Schwedens staatliche Sozialverwaltung „Socialstyrelsen“ hat im Laufe des Jahres 2008 „völlig inakzeptable Missstände“ bei einem privaten Gesundheitsfürsorger festgestellt, der ausschließlich Asylsuchende und Flüchtlinge behandelt. Diese hatte die Stadt Stockholm 2007 aus der allgemeinen öffentlichen Krankenvorsorge ausgegliedert, um Kosten zu senken. Bei dem Privatanbieter sollen in 70 Fällen Untersuchungsergebnisse bezüglich TBC- und Hepatitisinfektionen nicht bearbeitet worden sein, obwohl eine umgehende Behandlung erforderlich gewesen wäre. „Mehr als 40 der 70 Patienten hätten an eine Spezialklinik überwiesen werden müssen, was teilweise bis zu anderthalb Jahre hinausgezögert wurde“, sagte ein Sprecher von „Socialstyrelsen“ gegenüber „Migration und Bevölkerung“. Die Stadt Stockholm will jetzt den Vertrag mit diesem Gesundheitsfürsorger auflösen. Der Skandal hat in Schweden eine öffentliche Debatte über die Behandlung Asylsuchender ausgelöst.  
[www.socialstyrelsen.se/en](http://www.socialstyrelsen.se/en) (engl.)

arbeitsverträge angestellte Arbeitskräfte erhalten viele der brasilianischen Einwanderer als Erste ihre Kündigung. Besonders betroffen sind die Kernstädte der japanischen Autoindustrie, die Gebiete um Hamamatsu und Nagoya. Im Januar und Februar demonstrierten dort brasilianische Arbeitnehmer gegen ihre Entlassungen und für soziale Rechte sowie Gleichbehandlung mit ihren japanischen Kollegen. Die Situation ist dramatisch: Viele Einwanderer mussten die Firmenunterkünfte verlassen und können sich die Schulgebühren für ihre Kinder nicht mehr leisten. Eine Rückkehr nach Brasilien scheint für viele die letzte Option. Einige sind schon abgereist.

Die brasilianische Einwanderung nach Japan geht auf ein Gesetz aus dem Jahr 1990 zurück, das Auslän-

genaue Überprüfung möglicher Aufnahmekandidaten aus. Die US-Behörden müssten demzufolge offen legen, welche Vorwürfe gegen die Häftlinge bestehen. Eine Aufnahme von nachweislich unschuldig Inhaftierten scheint somit möglich, die Übernahme mutmaßlicher Terroristen jedoch nicht. „Wer für die USA zu gefährlich ist, ist es auch für Europa“, sagte Schäuble.

Auch in der Europäischen Union gab es eine Kontroverse um die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen. Die Außenminister der EU-Staaten einigten sich Ende Januar bei ihrem Ratstreffen in Brüssel auf ein gemeinsames Vorgehen, betonten

aber, dass die Aufnahme von Gefangenen eine individuelle Entscheidung der Mitgliedstaaten sei. Außer Österreich erklärten sich alle Mitgliedstaaten bereit, eine Anfrage der USA nicht pauschal abzulehnen, sondern diese erst zu prüfen.

EU-Innenkommissar Jacques Barrot und der Anti-Terror-Beauftragte der EU Gilles de Kerckhove sollen möglichst bald in die USA reisen, um Fakten zu den konkreten Fällen in Guantánamo zu erkunden.

Das Europäische Parlament verabschiedete Anfang Februar eine Resolution über die „Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen“ (P6\_TA(2009)0045). Darin heißt es, dass in erster Linie die USA eine Lösung des Problems finden müssten. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, forderten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, ihre Aufnahmebereitschaft für diejenigen Guantánamo-Häftlinge zu erklären, deren Terrorismusverdacht sich nicht erhärtet hat. *th*

Weitere Informationen:

[www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Closure\\_Of\\_Guantanamo\\_Detention\\_Facilities](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Closure_Of_Guantanamo_Detention_Facilities), <http://europa.eu>

## Japan: Regierung will Einwanderer trotz Finanzkrise halten

Tausende brasilianische Einwanderer wollen wegen der Wirtschaftskrise nach Brasilien zurückkehren. Doch die japanische Regierung will, dass sie bleiben, um der demographischen Alterung entgegenzuwirken. Experten betrachten dies als Revolution der japanischen Einwanderungspolitik.

Die internationale Wirtschaftskrise hat in Japan in den letzten Monaten zu Massenentlassungen v. a. in der Automobilindustrie geführt (vgl. MuB 1/09). Hiervon sind ausländische Arbeitnehmer, darunter viele Brasilianer, besonders stark betroffen. Mehrere Tausend von ihnen wurden entlassen oder mussten hohe Lohneinbußen hinnehmen. Als überwiegend unqualifizierte und über Zeit-

dem japanischer Abstammung den Zugang zu Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erleichtert. In Brasilien leben mehr als 1 Mio. Personen mit japanischen Wurzeln, das ist die größte exiljapanische Gemeinschaft weltweit. Die Auswanderung von Japanern nach Brasilien fällt in den Zeitraum 1908 bis 1973. Sie wurde von der Regierung gefördert, um die Armut in den ländlichen Regionen Japans zu mindern. Umgekehrt leben heute etwa 320.000 Brasilianer in Japan.

Ähnlich den türkischen Gastarbeitern in Deutschland in den 1960er und 70er Jahren kamen zunächst überwiegend männliche Arbeitskräfte, die Geld nach Brasilien schickten und eine Rückkehr in ihr Herkunftsland nach einigen Jahren planten. Etwa seit dem Jahr 2000 holten viele Brasilianer ihre Familien nach. Dennoch hielt die japanische Politik und Gesellschaft am Selbstverständnis einer Nichteinwanderungsgesellschaft fest; eine Integrationspolitik gibt es kaum. Bis heute leben die meisten Brasilianer in isolierten Wohnsiedlungen in der Nähe der Fabriken, in denen sie arbeiten. Sie sprechen kein Japanisch und ihre Kinder besuchen nichtstaatliche portugiesischsprachige Schulen.

Wegen der drohenden Rückreise der Brasilianer und ihrer Kinder kam es in den vergangenen Wochen zu einem überraschenden Politikwechsel. „Unser Ziel ist, sie zum Bleiben zu bewegen“, sagte Masahiko Ozeki, Leiter der im Januar geschaffenen Koordinationsstelle der Regierung für den Umgang mit Einwanderern. Die Regierung will nun alles tun, damit die brasilianischen Arbeiter bleiben und schnell wieder eine Arbeit in Japan finden. Sie sollen Sprachkurse besuchen, an Weiterbildungsprogrammen teilnehmen und Anspruch auf eine Jobberatung erhalten. Als Teil eines Konjunkturpakets soll hierfür künftig deutlich mehr Geld ausgegeben werden. „Als Regierung haben wir noch nie etwas Vergleichbares getan“, ergänzte Ozeki.

Japan gilt weltweit als das Land mit der ältesten Bevölkerung. Die Lebenserwartung liegt bei durchschnittlich 82,1 Jahren (Deutschland: 79,1 Jahre). Gleichzeitig ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau mit 1,22 Kindern eine der niedrigsten im inter-

**Kürzmeldungen - Welt**

**UN-Bericht: Neue Vertreibungen in Darfur**  
Nach einem Bericht der Vereinten Nationen von Anfang Februar haben in der Krisenregion im sudanesischen Darfur seit Jahresbeginn erneut 30.000 Menschen infolge neuer Kämpfe ihre Heimat verloren. Mindestens 30 Menschen kamen seit Mitte Januar ums Leben. Etwa 5.000 der Flüchtlinge haben den Angaben zufolge Zuflucht in einem Militärlager der Blauhelmsoldaten (Unamid) in Süd-Darfur gesucht. Der Welt-sicherheitsrat zeigte sich nach den Worten seines amtierenden Präsidenten Yukio Takasu (Japan) „sehr besorgt“. In Darfur gibt es seit 2003 gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen arabischen Reitermilizen, die von der Zentralregierung in Khartoum unterstützt werden, und mehreren Rebellengruppen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit (vgl. MuB 4/05, 5/05, 9/05). Nach UN-Schätzungen sind bisher rund 300.000 Menschen ums Leben gekommen, 2,5 Mio. wurden vertrieben. [www.un.org](http://www.un.org)

**Malaysia: Anwerbestopp und Entlassung**  
Infolge der Wirtschaftskrise hat die malaysische Regierung Ende Januar die Anwerbung ausländischer Arbeiter in der Industrie und im Dienstleistungssektor vorübergehend ausgesetzt. Das soll die eigene Bevölkerung vor Arbeitslosigkeit schützen. Malaysia ist eines der wichtigsten Zielländer von Arbeitsmigranten in Asien (vgl. MuB 8/02, 4/98). Bei einer Gesamtbevölkerung von 27 Mio. arbeiten etwa 2,2 Mio. ausländische Arbeitnehmer in dem Land (7,4%), überwiegend in der Landwirtschaft und im Industriesektor, viele ohne legalen Aufenthaltsstatus. Tausenden von ihnen wurde in den letzten Monaten gekündigt (vgl. MuB 1/09). Bis Ende des Jahres, schätzen Experten, könnten allein 100.000 Indonesier, vor allem Industriearbeiter, entlassen werden.

logie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48/2008, ISBN: 978-3-531-15068-0, 49,90 Euro, Online-Bestellung: [www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)

Bundeszentrale für politische Bildung: Bildung und Chancen. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 49/2008), 1. Dezember 2008, Bonn, Bestellnummer 7849, Download: [www.bpb.de/publikationen/E600B7,0,0,Bildung\\_und\\_Chancen.html](http://www.bpb.de/publikationen/E600B7,0,0,Bildung_und_Chancen.html)

Fachtagung  
„Diversität sichtbar machen“ - Bewegung in der politischen Bildung

nationalen Vergleich (Deutschland: 1,41).

Projektionen zufolge könnten im Jahr 2060 zwei Rentner auf drei Erwerbstätige kommen. Renten und Gesundheitssystem könnten zusammenbrechen, warnen Experten und fordern seit Jahren mehr Einwanderung, ohne jedoch auf große Resonanz zu stoßen. Schon jetzt gibt es Engpässe im Gesundheitssektor und im Pflegebereich. Größere Aufmerksamkeit erregte im Sommer 2008 ein Gruppe von 80 Parlamentariern der regierenden liberaldemokratischen Partei. Sie sagten, Ja-

pan brauche in den nächsten 50 Jahren 10 Mio. Einwanderer. Die japanische Bevölkerung ist Umfragen zufolge jedoch sehr skeptisch gegenüber Einwanderung eingestellt.

Die jüngsten Vorschläge der Regierung bezeichnet Hidenori Sakanaka, Direktor des Japan Immigration Policy Institute, als „revolutionär“. „Japan hat eine lange Geschichte der Ablehnung von Ausländern, die sich im Land niederlassen wollen“, sagte er. Die aktuellen Entwicklungen könnten ein Wendepunkt sein, sagte Sakanaka. Man könne aber noch nicht davon sprechen, dass Japan nun ein Einwanderungsland werde. *me*

Weitere Informationen:  
[www.migrationinformation.org/Profiles](http://www.migrationinformation.org/Profiles), <http://jipi.gr.jp/english/message.html>, [www.berlininstitut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/regionale-dynamik/japan.html](http://www.berlininstitut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/regionale-dynamik/japan.html)

## Literatur / Veranstaltung / Wettbewerb

**Literatur**  
Paul Scheffer: Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. 2008, München, ISBN-10: 3-446-23080-7, ISBN-13: 978-3-446-23080-4, 24,90 Euro, Online-Bestellung: [www.hanser-verlag.de](http://www.hanser-verlag.de)

Michael Bommes, Marianne Krüger-Potratz (Hg.): Migrationsreport 2008. Fakten - Analysen - Perspektiven. 2008, Frankfurt/M., EAN 9783593387789, 24,90 Euro, Online-Bestellung: [www.campus-verlag.de](http://www.campus-verlag.de)

Frank Kalter: Migration und Integration. Aus der Reihe: Kölner Zeitschrift für Sozio-

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. und in Zusammenarbeit mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), Düsseldorf, dem Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen, HVHS St. Hedwigs-Haus, Oerlinghausen sowie dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (TBB), Berlin  
Termin/Ort: 20./21.3.2009; InterCityHotel Frankfurt, Poststraße 8, 60329 Frankfurt/M.

Zielgruppe: Multiplikatoren der politischen Bildung, Tätige in der Arbeit mit Migranten, Interessierte aus dem kommunalen und schulischen Bereich  
Anmeldung: bis 6.3.2009 bei Cornelia Spohn, Bundesgeschäftsstelle Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V., Ludolfsstr. 1-4, 60487 Frankfurt/M., Fax +49 (0)69 70750-92  
Teilnahmebeitrag: 40 Euro bzw. ermäßigt 20 Euro  
Informationen: [www.bpb.de/veranstaltungen](http://www.bpb.de/veranstaltungen)

Wettbewerb „respekt2009“

Die Bundesregierung ruft mit dem Wettbewerb respekt2009 Jugendliche auf, sich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Chancengleichheit in Deutschland einzusetzen. Der Preis wird an Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren verliehen, die sich in Integrationsprojekten engagieren. Pro Bundesland wird ein Gewinnerprojekt ermittelt, das mit 1.000 Euro prämiert wird. Die Sieger werden im Mai 2009 zur feierlichen Preisverleihung nach Berlin eingeladen.

Teilnahmeschluss: 31. März 2009

Kontakt: E-Mail: [redaktion@respekt2009.de](mailto:redaktion@respekt2009.de), Tel.: +49 (0)30 65000-300

Informationen: [www.respekt2009.de](http://www.respekt2009.de)



## Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Jennifer Eirlich (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrlé; Redaktionsschluss: 19.2.2009

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten. Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)  
Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)

## Deutschland: Vorerst keine Visa-Einlader- und Warndatei

Die von der Bundesregierung geplante Visa-Warndatei ist kurz vor der Verabschiedung des Gesetzentwurfs „Visa-Einlader- und Warndateigesetz“ im Kabinett gescheitert. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) zog ihre Zustimmung zum Projekt zurück und begründete dies mit „massiver Kritik“ von Seiten der Kirchen, Verbände und Wirtschaft.

Die Regierungsparteien hatten im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 die Einrichtung einer „Warndatei aller Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden mit Abfragebefugnissen der Sicherheitsbehörden“ vereinbart, „um Visamissbrauch und illegale Einreisen zu bekämpfen“.

Hintergrund dieser Vereinbarung war die so genannte Visa-Affäre 2004, bei der in den Jahren 2000-2002 vor allem in Osteuropa Visa für Deutschland ohne ausreichende Prüfung ausgestellt worden waren (vgl. MuB 9/04, 2/05, 3/05).

Unter der rot-grünen Bundesregierung war 2000 ein Erlass ergangen, bei der Vergabe von Visa in Zweifelsfällen für die Reisefreiheit zu entscheiden. Dies hatte dazu geführt, dass viele Visa aufgrund falscher Einladungen oder anderer gefälschter Papiere ausgestellt worden waren. Für die Ukraine beispielsweise wurde geschätzt, dass von den rund 500.000 Visa der deutschen Botschaft in Kiew in den Jahren 2001 und 2002 rund 50-70 % aufgrund falscher Einladungen oder anderer gefälschter Papiere ausgestellt worden seien (vgl. MuB 2/05).

Neben der Speicherung von Warndaten, z. B. über rechtskräftige Verurteilungen im Bereich von Aufenthaltsrechtlichen Gesetzesverstößen sowie von Delikten wie Einschleusung, Schwarzarbeit, Bildung terroristischer Vereinigungen oder Formen des Menschenhandels, war eine „Mehrfacheinlader“-Datei geplant. Hier sollten künftig alle Bürger in einer zentralen Datei

erfasst werden, die häufig Personen aus Ländern einladen, die für Deutschland ein Visum benötigen, oder für sie bürgen. Personen oder Institutionen, die innerhalb von zwei Jahren mehr als fünf visumpflichtige Gäste nach Deutschland einladen, sollten mit dem Verweis „Mehrfacheinlader“ für die deutschen Auslandsvertretungen gekennzeichnet werden. Kritiker sahen hierin einen Generalverdacht gegen diese „Einlader“. Das Innenministerium hingegen bezeichnet den Vermerk als „vollkommen wertfrei“.

Der Zugriff auf diese Daten sollte auf Visa- und Sicherheitsbehörden beschränkt sein. Die Visa-Einlader- und Warndatei war als nationale Ergänzung zum Visa-Informationssystem (VIS) auf europäischer Ebene geplant (vgl. MuB 3/08, 4/06, 9/04).

Kritik an dem Vorhaben kam von unterschiedlichen Seiten. Neben den Oppositionsparteien sprachen sich die Kirchen gegen die Visa-Warndatei aus. Sie kritisierten, dass bei diesem Vorhaben dem Einladen von Menschen mit „generellem Misstrauen“ begegnet werde. Sie machten ihren Anspruch auf gute internationale Beziehungen deutlich, daher sei eine rege Einladertätigkeit keineswegs von vornherein verdächtig. Dies trifft auch auf Hochschulen, Jugendorganisationen, Austausch- und Sportvereine zu. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kritisierte den „Generalverdacht“, unter den Mehrfacheinlader gestellt würden. Damit rücke man Unternehmen und deren ausländische Geschäftspartner „in die Nähe von Kriminellen“.

Ob das Vorhaben der Einrichtung einer Visa-Einlader- und Warndatei noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden kann, ist nun fraglich. Wolfgang Boshach (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, sprach von einem „klaren Bruch der Koalitionsvereinbarung“. Die SPD habe nach Vorwänden gesucht, das Vorhaben scheitern zu lassen. Das Justizministerium hingegen erklärte, man solle sich mit der Kritik an dem Vorhaben gründlich auseinandersetzen. SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz gab außerdem zu bedenken, dass die Große Koalition seit der Landtagswahl in Hessen Ende Januar und der dortigen Regierungsbeteiligung der FDP keine Mehrheit mehr im Bundesrat habe. Der Bundesrat muss dem Gesetzesvorhaben zustimmen. FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hatten sich gegen die Visa-Einlader- und Warndatei ausgesprochen. *as*  
Weitere Informationen: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

Inhalt	
Deutschland: Vorerst keine Visa-Einlader- und Warndatei	1
Deutschland: Studie kritisiert Kopftuchverbot	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Vereinte Nationen: Menschenhandel nimmt zu	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Vereinte Nationen: Aktualisierte Bevölkerungsprognose	4
Kurzmeldungen – Europa	4
Neue Datenbank: Illegal in Europa	4
Kurzmeldungen – Welt	5
Veranstaltungen, Bewerbungsaufruf & Literatur	6
Zusätzlich in der Internetausgabe ( <a href="http://www.migration-info.de">www.migration-info.de</a> ):	
Asien: Umgang mit Arbeitsmigranten in der Wirtschaftskrise	
Rezension: Robert Castel	

## Deutschland: Studie kritisiert Kopftuchverbot

In einer Ende Februar in Berlin vorgestellten Studie fordert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Aufhebung des Kopftuchverbots in

Deutschland. Betroffene Frauen würden ausgegrenzt und diskriminiert. Deutschland verletze seine menschenrechtlichen Verpflichtungen.



Bundeszentrale für politische Bildung

NETZWERK  
MIGRATION  
IN EUROPA



Hamburgisches  
WeltWirtschafts  
Institut

### Kurzmeldungen – Deutschland I

#### Berlin: Urteil zu Diskriminierung

Eine in der Dominikanischen Republik geborene Frau erhielt Ende Februar vor dem Berliner Landesarbeitsgericht (LAG) Recht, nachdem sie einen Berliner Kunstbetrieb wegen Diskriminierung verklagt hatte. Die Bewerbung der 48-Jährigen bei den Berliner KunstWerken wurde mit der Begründung abgelehnt, die Stelle richte sich an „deutsche Muttersprachler“. Dies betrachtete das LAG in seinem erstinstanzlichen Urteil als „indirekte ethnische Diskriminierung“ nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (vgl. MuB 3/06) und sprach der Frau drei Monatsgehälter zu (Az. 55 Ca 16952/08). Deutsch als Muttersprache könnten nur Menschen nachweisen, die in ihrer frühen Kindheit Deutsch als Erstsprache erlernt haben. Nachträglich könne diese Qualifikation nicht erworben werden, so die Berliner Richter. Gegen das Urteil kann noch Berufung eingelegt werden. Bisher gab es noch kein Urteil mit dem Streitgegenstand „Deutsch als Muttersprache“.

[www.berlin.de/sen/arbeitslandesarbeitsgericht/index.html](http://www.berlin.de/sen/arbeitslandesarbeitsgericht/index.html)

**Keine Einbürgerung von Analphabeten**  
Die Einbürgerung eines Ausländers, der nicht schreiben und lesen kann, ist nicht möglich. Dies entschied der 13. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) in Mannheim am 22. Januar 2009. Das Urteil wurde am 26. Februar veröffentlicht (Az. 13 S 729/08). Analphabeten können den für die Einbürgerung geforderten Nachweis deutscher Sprachkenntnisse nicht erbringen, ausschließlich mündliche Sprachkenntnisse seien nicht ausreichend. Geklagt hatte ein 39-jähriger Türke, der seit 1993 in Deutschland asylberechtigt ist und eine Niederlassungserlaubnis hat. Die Stadt Pforzheim und das Regierungspräsidium Karlsruhe lehnten seinen Einbürgerungsantrag ab, der Mann ging in Berufung. Seine Klage wurde nun abgewiesen. Unter anderem führte das Gericht aus, der Kläger habe nicht geltend gemacht, dass er sich „erfolglos um den Erwerb von deutschen Schriftkenntnissen bemüht“ habe. Es sei ihm zum Zeitpunkt der Einreise zumutbar gewesen – und ist es noch immer –, an Alphabetisierungskursen teilzunehmen. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V. kritisierte das Urteil als „problematisch“. Dessen Geschäftsführer Peter Hubertus sagte: „Analphabetismus allein ist kein hinreichendes Indiz für fehlendes Wissen, schon gar nicht für mangelnde Integrationsbereitschaft“. <http://vghm Mannheim.de>, [www.alphabetisierung.de](http://www.alphabetisierung.de)

Hintergrund: In acht deutschen Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland) gelten Gesetze, die Lehrerinnen an staatlichen Schulen das Tragen des muslimischen Kopftuchs im Dienst untersagen. In Baden-Württemberg und Berlin gelten ähnliche Gesetze auch für Erzieherinnen in Kindergärten, in Hessen und Berlin auch für Teile der Beamtenschaft in Justiz, Polizei und Strafvollzug. Die Bestimmungen wurden eingeführt, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 entschieden hatte, dass das Verbot religiöser Symbole zulässig ist, wenn es auf einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage erfolgt (vgl. MuB 8/03).

Human Rights Watch (HRW) untersuchte nun erstmals die Folgen des Kopftuchverbots für die betroffenen Frauen und stellte die Ergebnisse in dem Bericht „Diskriminierung im Namen der Neutralität“ vor. Dafür wurden 34 in Deutschland lebende muslimische Frauen befragt, die von den Kopftuchverboten betroffen sind. Zusätzlich wurden zahlreiche Dokumente, wie etwa Gesetzestexte, Parlamentsprotokolle und Berichte, ausgewertet sowie Interviews mit Politikern, Juristen, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft geführt.

**Auswirkungen:** Die Verbote sind für das Leben der betroffenen Frauen von einschneidender Bedeutung. In den Bundesländern mit Verbot können sie in staatlichen Schulen nicht mehr als Lehrerinnen arbeiten, es sei denn, sie legen ihr Kopftuch ab. Weigerungen, das Kopf-

tuch abzunehmen, haben disziplinarrechtliche Verfahren zur Folge. Kommt es zu einem Gerichtsverfahren, drohen eine Niederlage und der Verlust des Beamtenstatus. Das Ersetzen des Kopftuchs durch alternative Kopfbedeckungen, etwa Hüte, Mützen oder auf andere Art gebundene Tücher, wurde von Gerichten abgelehnt (vgl. MuB 2/09, 9/08, 1/07). Den Frauen bleibe die Wahl, auf ihren Beruf zu verzichten oder in ein anderes Bundesland bzw. ins Ausland umzuziehen. Der Bericht dokumentiert auch Fälle von Lehrerinnen, die ihr Kopftuch abgelegt haben, um ihren Arbeitsplatz zu behalten. Diese Frauen fühlten sich entfremdet und ausgeschlossen, obwohl viele seit ihrer Geburt in Deutschland leben, stellte Human Rights Watch fest.

**Fazit:** Die Autorin der Studie Haleh Chahrokh, Leiterin der Abteilung Europa und Zentralasien, kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbote muslimische Frauen diskriminieren. Zwar sind nicht nur Kopftücher verboten, sondern auch andere religiöse Symbole. In der Praxis seien aber ausschließlich Frauen von den Konsequenzen betroffen, die das muslimische Kopftuch tragen. „Die Regelungen diskriminieren sowohl auf der Grundlage des Geschlechts als auch der Religion und verletzen die Menschenrechte dieser Frauen“, heißt es in dem Bericht. HRW kritisiert weiter, dass nicht das Verhalten der betroffenen Lehrerinnen ausschlaggebend sei, sondern sich die Verbote einzig auf die Annahme stützten, dass das Tragen eines Kopftuchs an sich die staatliche Neutralität gefährdet. Chahrokh forderte daher: „Wenn konkrete Bedenken bei einer Person bestehen, sollte man dem Einzelfall angemessene, gewöhnliche Disziplinarverfahren anwenden.“ Ferner gibt sie zu bedenken, dass man Frauen nicht von einer oft pauschal unterstellten Unterdrückung befreit, indem man sie vom Lehrberuf ausschließt. Alle von Human Rights Watch befragten Frauen gaben an, sie hätten sich aus freiem Willen für das Kopftuch entschieden.

Die Studie von Human Rights Watch schlussfolgert, dass die Regelungen gegen die internationalen Verpflichtungen Deutschlands zum Schutz der Religionsfreiheit und des Rechts auf Gleichheit vor dem Gesetz verstoßen. Die Organisation forderte die entsprechenden Landesregierungen auf, die Gesetze zum Verbot religiöser Kleidung und Symbole aufzuheben.

**Reaktionen:** Unterstützung bekam HRW von Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin. Bielefeldt schloss sich der Forderung nach der Aufhebung der Verbote an. Präventiv ein religiöses Symbol per Gesetz zu verbieten, weil es zu Konflikten führen könnte, sei nicht statthaft, sagte Bielefeldt. *me*

Weitere Informationen:

[www.hrw.org/de/news/2009/02/25/deutschland-kopftuchverbote-verletzen-menschenrechte](http://www.hrw.org/de/news/2009/02/25/deutschland-kopftuchverbote-verletzen-menschenrechte)  
[www.bpb.de/themen/NNAABC,0,0,Konfliktstoff\\_Kopftuch.html](http://www.bpb.de/themen/NNAABC,0,0,Konfliktstoff_Kopftuch.html)

## Vereinte Nationen: Menschenhandel nimmt zu

Die registrierten Fälle des Menschenhandels nehmen zu, obwohl die Nationalstaaten ihre Bemühungen im Kampf gegen die Menschenhändler verstärken. Dies geht aus dem zweiten

UN-Bericht zum weltweiten Menschenhandel hervor. Frauen stellen die größte Opfergruppe, nehmen allerdings auch eine wichtige Täterrolle ein.

### Kurzmeldungen – Deutschland II

**Hessen: Islamunterricht geplant**  
Der Hessische Landtag hat sich Anfang März grundsätzlich für die Schaffung eines islamischen Religionsunterrichts ausgesprochen. Mit der Mehrheit der Regierungsfractionen von CDU und FDP kündigte Kultusministerin Dorothee Henzler (FDP) an, einen runden Tisch mit Vertretern islamischer Religionsgemeinschaften einzuberufen. Hieraus könne sich ein Modellversuch für deutschsprachigen Islamunterricht in Hessen ergeben. Bisher würden die etwa 60.000 Kinder und Jugendlichen muslimischen Glaubens in Hessen nur in ihrer Muttersprache von Imamen in Koranschulen unterrichtet.

Einen weitergehenden Entschlussesantrag von Bündnis 90/Die Grünen, der die zügige Einführung eines Islamunterrichts forderte, lehnte der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP ab. SPD und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten das zögerliche Vorgehen Henzlers.

Bis auf das Saarland und die ostdeutschen Bundesländer gibt es inzwischen Islamunterricht in den anderen Bundesländern als eigenständiges Fach (Nordrhein-Westfalen und Bayern) oder in Modellversuchen (vgl. MuB 8/06, 8/02). Die Inhalte haben die Länder und die muslimischen Verbände gemeinsam erarbeitet. Eine Ausnahme ist Berlin, wo nur die Islamische Föderation Islamkunde als Zusatzunterricht anbietet (vgl. MuB 3/02, 2/00).

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte sich Anfang März beim Besuch einer islamischen Religionsunterrichtsstunde in Offenburg erneut für die Einführung des Fachs ausgesprochen, da es die Integration von Muslimen fördere. Dies war auch eine der Forderungen der dritten Islamkonferenz im März 2008 gewesen (vgl. MuB 3/08).

auf insgesamt etwa 21.400 Personen (in 111 Staaten).

Vier Fünftel (79 %) der Opfer waren weiblich, ein Fünftel (21 %) männlich. Auch die Zahlen der betroffenen Minderjährigen sind in diesem Zeitraum deutlich gestiegen (2003: 14 %, 2006: 22 %).

In der Mehrzahl der Fälle wurden die Opfer mit der Absicht der sexuellen Ausbeutung (79 %) und Zwangsarbeit (18 %) verschleppt und verkauft. Die Verfasser des Berichts sprechen daher auch von „moderner Sklaverei“. Andere Absichten wie Zwangsheirat, Organhandel, Kriegsdienst oder Kinderbettelei konnten nur in Einzelfällen nachgewiesen werden.

Die am stärksten vom Menschenhandel betroffenen Regionen sind Zentral- und Südostasien, das subsaharische Afrika und einige südamerikanische Staaten. Die wichtigsten Zielregionen sind die zentral- und westeuropäischen Staaten sowie die USA.

**Täter: Menschenhandel findet sowohl innerstaatlich als auch grenzüberschreitend statt.** Der länderübergreifende Menschenhandel fand im Untersuchungszeitraum überwiegend zwischen Ländern in einer Region statt. Die Verfasser konnten jedoch auch einen Anstieg des interkontinentalen Menschenhandels feststellen. Dem Bericht zufolge kooperieren kriminelle Netzwerke in

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) stellte im Februar seinen zweiten Bericht zum weitweiten Menschenhandel (Global Report of Trafficking in Persons) vor (vgl. MuB 9/04, 7/04, 10/03, 4/00). Der Bericht basiert auf den Kriminalstatistiken von 155 Ländern sowie den Zahlen sozialer Einrichtungen und internationaler Organisationen (IOM, ILO, ECOWAS, Interpol, u. a.). Die gesammelten Daten umfassen den Zeitraum 2003 bis 2007 und präsentieren damit die Entwicklungen im Kampf gegen Menschenhandel seit Inkrafttreten des UN-Protokolls gegen Menschenhandel im Dezember 2003.

**Opfer:** Aufgrund der heterogenen Datenlage und der vermutlich hohen Dunkelziffer ist eine eindeutige Entwicklung des Phänomens nur schwer aufzuzeigen. Tendenziell verzeichnen die Verfasser des Berichts jedoch ein Ansteigen der Opferzahlen. Waren 2003 in 71 der 155 untersuchten Staaten rund 11.700 Personen vom Menschenhandel betroffen, stieg diese Zahl innerhalb der folgenden drei Jahre um 27 % auf 14.900 (2006) an. Aufgrund der zunehmenden Überwachung und Dokumentation des Menschenhandels erhöhte sich die Zahl der 2006 weltweit registrierten Opfer

den Herkunfts- und Zielstaaten miteinander, wobei Diasporagemeinden in den Zielstaaten oft als Zwischenstation für die geschleusten Personen dienen.

Im Rahmen der Auswertung der Täterprofile wurde erstmals festgestellt, dass auch Frauen eine wichtige Täterrolle im internationalen Menschenhandel einnehmen. Dies ergaben die Kriminalstatistiken von 46 der untersuchten 155 Länder, die eine Auswertung nach Alter, Geschlecht und Nationalität der Menschenhändler zuließen. In 14 der 46 Länder wurden mehr Frauen als Männer strafrechtlich wegen Menschenhandels belangt.

**Gegenmaßnahmen:** Noch im Jahr 2003 galt Menschenhandel nur in etwas mehr als einem Drittel aller untersuchten Staaten als Straftat. Seit dem Inkrafttreten des UN-Protokolls haben viele Staaten ihre Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel intensiviert. Bis zum November 2008 haben vier Fünftel aller in dem Bericht berücksichtigten Länder Menschenhandel unter Strafe gestellt und in ihre Strafgesetzbücher aufgenommen.

Trotz der zunehmenden Verankerung des Straftatbestandes Menschenhandel in den nationalen Rechtsprechungen bleiben die Strafverfolgungszahlen niedrig. In 50 der untersuchten Länder kam es zwischen 2003 und 2007 zu keiner einzigen Anklage wegen Menschenhandels, in 91 Ländern mindestens einmal. Dementsprechend niedrig waren die Zahlen der Verurteilungen zwischen 2003 und 2007. In 62 Ländern kam es in diesem Zeitraum zu keiner Verurteilung, in 26 Ländern zu maximal zehn Schuldsprüchen pro Jahr und in 45 Staaten zu mehr als zehn Verurteilungen.

### Menschenhandel in Deutschland

In Deutschland steht Menschenhandel seit 1973 unter Strafe. Mehrmals wurde die Gesetzeslage an die Anforderungen des UN-Protokolls angepasst (vgl. MuB 9/04). Seit 2005 umfasst sie auch den Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft (Strafgesetzbuch, Abschnitt 18, §§ 232-233).

Die dokumentierten Zahlen zum Menschenhandel sind rückläufig (2003: 1.235, 2007: 689). Etwa jedes fünfte registrierte Opfer besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft und mindestens die Hälfte kommt aus den angrenzenden osteuropäischen Ländern.

Deutschland ist auch eines der Zielländer für den globalen grenzüberschreitenden Menschenhandel. Unter den registrierten Opfern fanden die ermittelnden Behörden sowohl Personen aus Asien als auch aus Afrika. Den 664 Verdachtsfällen im Jahr 2006 stehen 150 Verurteilungen wegen Menschenhandels gegenüber. [www.bmj.bund.de/enid/Europaeisches\\_Strafrecht/Gesetz\\_zur\\_Bekaempfung\\_des\\_Menschenhandels\\_s2.html](http://www.bmj.bund.de/enid/Europaeisches_Strafrecht/Gesetz_zur_Bekaempfung_des_Menschenhandels_s2.html)

Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung sieht die dringende Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der einzelnen Staaten, um Menschenschmuggel effektiv bekämpfen zu können. Die Welt müsse „aufwachen“ und sich der Tatsache einer „modernen Form der Sklaverei“ bewusst werden, schreibt Antonio Maria Costa, Direktor des UNODC in seinem Vorwort. Dafür müssten Daten nach einheitlichem Maßstab gesammelt und miteinander ausgetauscht sowie die nationalen Gesetze und Prozeduren ausgebaut und aneinander angeglichen werden. Der Mangel an Wissen und die fehlende Koordination von Gegenmaßnahmen verstärkte Costa zufolge „ein Problem, das uns alle beschämt“. *th*  
Weitere Informationen: [www.unodc.org](http://www.unodc.org)



## Vereinte Nationen: Aktualisierte Bevölkerungsprognose

### Kürzmeldungen – Europa

**Schweiz: Maßnahmen gegen Scheinehen**  
Am 4. März verabschiedete der Nationalrat mit den Stimmen der rechtskonservativen Mehrheit Regelungen, die Scheinehen zum Zweck der Erlangung eines Aufenthaltstitels verhindern sollen. Künftig soll nur noch heiraten dürfen, wer in der Schweiz ein Bleiberecht hat. Dies muss vor einer Eheschließung nachgewiesen werden. Die Standesämter sollen Zugriff auf das zentrale Migrationssystem (Zemis) erhalten und der Migrationsbehörde Eheschließungen von Einwanderern melden. Dieselben Bestimmungen sollen für eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare gelten. Laut einer Schätzung des eidgenössischen Amts für das Zivilstandswesen werden in der Schweiz jährlich etwa 500 bis 1.000 Scheinehen geschlossen. Das Gesetz geht auf eine Initiative des Chefs der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) Toni Brunner aus dem Jahr 2005 zurück. Der Ständerat, die zweite Kammer des Parlaments, muss noch zustimmen. [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

**Frankreich: Einwanderungstest vorgestellt**  
Wer nach Frankreich einwandern will und keine EU-Staatsbürgerschaft besitzt, muss zukünftig in seinem Herkunftsstaat einen Sprach- und Integrationstest bestehen. Der Integrationstest umfasst Einwanderungsminister Eric Besson (UMP) zufolge Fragen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, zur Rechtsordnung und zum politischen System Frankreichs. Der Sprachtest ist in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil unterteilt und soll nicht länger als 20 Minuten dauern. Bei Nichterreichen einer Mindestpunktzahl muss ein Sprach- bzw. Integrationskurs besucht und der Test wiederholt werden. Die Tests gelten für einreisewillige ausländische Ehepartner und Familienangehörige und sind kostenlos. Die Nationale Agentur für den Empfang von Ausländern und Migranten (ANAEM) soll die Tests ab sofort in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern in insgesamt 136 Ländern abnehmen. Für 2009 rechnet die Agentur mit etwa 34.000 Testteilnehmern. [www.immigration.gouv.fr](http://www.immigration.gouv.fr)

**Spanien: Boatpeople ertrunken**  
Vor der kanarischen Insel Lanzarote sind Mitte Februar 24 Menschen ertrunken. Das Boot der 28 Nordafrikaner war Medienangaben zufolge in Marokko gestartet und wenige Meter vor dem Küstenort Teguiße gekentert. Lediglich sechs Menschen konnten Helfer und die Küstenwache retten. Unter den Toten waren 15 Kinder und Jugendliche. Auf der Nachbarinsel Teneriffa landeten am gleichen Wochenende zwei Boote mit 145 Menschen an Bord. Jedes Jahr sterben hunderte Boatpeople bei der gefährlichen Überfahrt von Nordafrika nach Europa. (vgl. MuB 2/09, 1/09, 9/08).

Anfang März 2009 hat die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN Population Division) turnusgemäß die aktualisierten Bevölkerungsprognosen für die Staaten der Welt veröffentlicht. Die neuen Prognosen weichen nicht substantiell von jenen der Jahre 2006 und 2004 ab (vgl. MuB 3/07, 3/05).

Die jetzt veröffentlichte UN-Prognose zur Weltbevölkerung liegt für das Jahr 2050 bei 9,1 Mrd. Menschen. In den UN-Projektionen von 2002 erwartete man 8,9 Mrd. Menschen für 2050, zwei Jahre später 9,1 Mrd. und 2006 9,2 Mrd. Die veröffentlichte Schätzung zur Weltbevölkerung berechnet sich aus der Summe der Prognosen aller Nationalstaaten (sog. Bottom-up-Prognose).

Hinter der nur wenig veränderten Prognose für die Weltbevölkerung insgesamt verbergen sich zahlreiche Neubewertungen für einzelne Länder. Bei einigen Staaten erfolgte diese Korrektur nach oben (z. B. Senegal, Tansania, Sambia), bei anderen nach unten (z. B. Burundi, Brasilien, Bangladesch). In der Summe neutralisieren sich diese Abweichungen zwischen den Prognosen von 2008 und 2006 zum großen Teil. Für die drei bevölkerungsreichsten Staaten der Welt (China, Indien, USA) wurden die Prognosen nur sehr geringfügig korrigiert. Für Pakistan (heute 181 Mio.

Einwohner) weist die neue Prognose für 2050 eine 15 % größere Bevölkerung aus als bisher erwartet, für Bangladesch (heute 162 Mio.) eine 12 % geringere.

Die UN-Bevölkerungsabteilung geht bei ihrer aktuellen Prognose von der Annahme eines Rückgangs der weltweiten Fertilität von heute durchschnittlich 2,56 Kindern je Frau auf 2,02 Kinder im Jahr 2050 aus. Unter dieser Annahme würde sich bereits 2050 im globalen Durchschnitt von heutigen so genannten entwickelten Ländern und Entwicklungsländern eine Elterngeneration nicht mehr durch eine gleich große Kindergeneration ersetzen.

Nur für weniger als 50 Staaten erwartet die Bevölkerungsabteilung für 2050 eine Kinderzahl von 2,1 oder höher – dem so genannten Bestandserhaltungsniveau der Fertilität. Diese Annahme stützt sich teilweise auf eine Analyse und Hochrechnung (Extrapolation) des bisherigen Fertilitätsrückgangs. Für jene Staaten, in denen dieser Rückgang schon heute recht weit fortgeschritten ist und wo gleichzeitig kaum empirische Anhaltspunkte für einen Wiederanstieg auszumachen sind, wie in Deutschland, musste sich die Bevölkerungsabteilung auf eine normative Annahme festlegen. So wurde für Deutschland z. B. als wünschenswert angenommen, dass die Kinderzahl bis 2050 wieder auf 1,69 Kinder je Frau ansteigt.

Auch wenn die neue Prognose für die Weltbevölkerung insgesamt nur geringfügig von früheren abweicht, enthält sie zahlreiche Umbewertungen und neue Erkenntnisse. Sie ist die offizielle Grundlage für verschiedene andere Prognosen und Einschätzungen, die im UNO-System getroffen werden und im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung stehen. Prof. Ralf E. Ulrich, Direktor des Instituts für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld

Die UN-Bevölkerungsabteilung hat die wichtigsten Ergebnisse auf ihrer Website bereitgestellt: [www.un.org/esa/population/unpop.htm](http://www.un.org/esa/population/unpop.htm)

Auch Ergebnisse für einzelne Länder können online abgefragt werden: <http://esa.un.org/unpp/index.asp>. In den nächsten Monaten werden die vollständigen Ergebnisse veröffentlicht und in Deutschland durch den UNO-Verlag vertrieben. Nachfragen zu den Projektionen beantwortet Hania Zlotnik, Director, Population Division, United Nations, New York, NY 10017, Tel.: +1-212-963 3179, Fax: +1-212-963 2147.

## Neue Datenbank: Illegal in Europa

Bisher wird in Veröffentlichungen der Europäischen Union davon ausgegangen, dass es in der EU zwischen 4,5 und 8 Mio. Zuwanderer ohne regulären Aufenthaltsstatus gibt. In der Tat stammen die für die aktuelle Politikentwicklung genutzten Zahlen ursprünglich aus dem Jahr 2005 und basieren auf europaweit ange-

wandten „Daumenregeln“. Das Hamburgische Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI) kommt in einer auf einzelnen Länderschätzungen basierenden Analyse auf 2,8 bis 6 Mio. Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Damit sind nur diejenigen Nicht-EU-Bürger gemeint, die weder ein Aufenthaltsrecht noch eine Arbeitserlaubnis haben oder die während eines touristischen Aufenthalts illegal arbeiten. Die kleinere Zahl der HWWI-Schätzung bei immer noch großer Spannweite zeigt, dass die empirischen Grundlagen für europäische Politiken dringend verbessert werden sollten. Der Ausbau des Kontrollregimes auf europäischer

Ebene hat eine hohe Priorität und wird mit erheblichen Ressourcen ausgestattet, sodass eine solche Politik auf einer transparenteren und solideren Lageeinschätzung beruhen sollte.

Auch wenn Schätzungen zum Umfang irregulärer Migration und damit verbundener Folgeprobleme wahrscheinlich nie die Genauigkeit erreichen werden, die wissenschaftliche Analysen in manchen anderen Gebieten haben, so ist doch weitaus mehr möglich, als bisher in den meisten Ländern geleistet wird. Dies wurde im Forschungsprojekt CLANDESTINO deutlich, in dem Forschungspartner aus Griechenland, Deutschland, Großbritannien, Österreich und Polen sowie die Nichtregierungsorganisation PICUM zusammenarbeiten.

Ein wichtiges Ergebnis des CLANDESTINO-Projekts ist die Datenbank zur irregulären Migration, die im Februar 2009 online veröffentlicht wurde. Die Datenbank soll den Umfang irregulärer Migration in der EU transparenter machen. Kern der neuen Datenbank ist

### Kurzmeldungen - Welt

**Thailand:** Regierungschef räumt Aussetzen von Bootsflüchtlingen ein  
Mitte Februar bestätigte der thailändische Regierungschef Abhisit Vejjajiva (Demokratische Partei), dass Bootsflüchtlinge aus Myanmar in thailändischen Gewässern aufgegriffen und auf hoher See wieder ausgesetzt wurden (vgl. MuB 2/09). Gleichzeitig wiederholte er seine Forderung, das Flüchtlingsproblem müsse im Rahmen einer internationalen Konferenz gelöst werden. Anfang des Jahres waren Angehörige der Rohingya-Minderheit aus Myanmar nach teilweise mehrwöchigen Irrfahrten in den Hoheitsgewässern Indiens und Indonesiens aufgegriffen worden. Sie berichteten, thailändische Beamte hätten sie in unmotorisierten Booten und ohne ausreichend Wasser und Nahrung ausgesetzt. 300 Flüchtlinge gelten bis heute als verschollen und sind wahrscheinlich ertrunken.  
[www.hrw.org](http://www.hrw.org)

**Kanada:** Einwanderungsrekord  
Nach Angaben des Einwanderungsministeriums kamen 2008 fast 520.000 Einwanderer nach Kanada, so viele wie nie zuvor. Nach vorläufigen Angaben erhielten etwa 247.000 Einwanderer eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, 10.000 mehr als 2007. Auch 2009 sollen etwa 250.000 Neuzuwanderer in dieser Kategorie dauerhaft zugelassen werden. Weitere 193.000 Einwanderer erhielten 2008 eine zeitlich befristete Arbeitserlaubnis. Zudem kamen 79.000 Studierende aus dem Ausland nach Kanada. Jason Kenney (Konservative Partei), Minister für Einwanderung und Multikulturalismus, kündigte an, die Zahl der internationalen Studierenden „wesentlich“ erhöhen zu wollen, ohne genaue Zahlen zu nennen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wird Kanada mit durchschnittlich 214.000 jährlichen Zuwanderern bis 2050 das größte Empfängerland nach den USA sein. Deutschland liegt mit 110.000 Zuwanderern jährlich auf Platz sechs.  
[www.cic.gc.ca](http://www.cic.gc.ca)

eine Inventarisierung und Klassifizierung von bestehenden Schätzungen zum Umfang und zur Zusammensetzung irregulärer Migration nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Sektoren ökonomischer Aktivität. Innovativ ist die Datenbank v. a. wegen der konsistenten Struktur, der Klassifizierung der Schätzungen in Güteklassen sowie der Einbettung in eine umfangreiche Hintergrunddokumentation.

Nach Durchsicht der bisherigen Schätzungen scheinen vier Hauptwege zur Verbesserung der Datenlage Erfolg zu versprechen. Sie werden im Folgenden anhand von Länderbeispielen illustriert:

- In Spanien wird die Residualmethode angewendet. Dort können sich auch Zuwanderer ohne regulären Status in Gemeinden registrieren lassen. Wenn es nun nach den Gemeinderegistern mehr Ausländer in Spanien gibt, als es nach offiziellen Zuwandererzahlen geben dürfte, wird die Differenz mit irregulärer Zuwanderung erklärt.
- In Italien wurden relativ aufwendige Umfragen an Migrantentreffpunkten durchgeführt, bei denen auch Migranten ohne Status befragt werden.
- In den Niederlanden wurden Kontrolldaten der Polizei genutzt, deren Verzerrungen erkannt und so gut wie möglich rechnerisch berücksichtigt werden.
- Viele Expertenschätzungen basieren auf Multiplika-

türüberlegungen, die zum Beispiel auf Beobachtungen in der Feldforschung oder den Arbeitsstatistiken von kontrollierenden und helfenden Behörden beruhen. Während einzelne Multiplikatoren nur ein einseitiges Bild liefern, kann ein systematischer Abgleich verschiedener Multiplikatoren bessere Ergebnisse erbringen. Einen solchen Ansatz entwickelt das HWWI-Team zurzeit für die Stadt Hamburg.

### USA: Undokumentierte Einwanderung 2008

Nach neuesten Angaben des US-amerikanischen Heimatschutzministeriums (Department of Homeland Security, DHS) ist die Zahl der undokumentierten Einwanderer von 2007 zu 2008 leicht auf 11,6 Mio. gesunken (2007: 11,8 Mio., 2005: 10,5 Mio.). Dies ist der erste Rückgang seit 2005.

Die meisten undokumentierten Migranten kamen den Schätzungen zufolge aus Mexiko (7,03 Mio. bzw. 61 %), El Salvador (570.000 bzw. 5 %) und Guatemala (430.000 bzw. 4 %) in die USA. Mehr als die Hälfte waren männlich (57 %), drei Viertel zwischen 18 und 44 Jahren alt (75 %).

Die Schätzungen des DHS beruhen auf Berechnungen nach der Residualmethode. Hierfür wurden die DHS-Daten zur regulären Einwanderung mit den Zahlen des US-Zensus zur im Ausland geborenen Bevölkerung abgeglichen. Die verbleibende Differenz entspricht dann dem Schätzwert zur undokumentierten Einwanderung.

Auch das Pew Hispanic Center verzeichnete Anfang 2008 einen Rückgang der undokumentierten Einwanderung bei leicht abweichenden Zahlen (2008: 11,9 Mio., 2007: 12,4 Mio., 2006: 11,5 Mio., 2005: 11,1 Mio.).  
[www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ois\\_ill\\_pe\\_2008.pdf](http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ois_ill_pe_2008.pdf) und <http://pewhispanic.org>

Die Analyse der Trends der letzten Jahre und ihrer Ursachen ist ein weiterer Schritt zur Schaffung von mehr Transparenz, an dem zurzeit noch gearbeitet wird. Bisher lässt sich nur sagen, dass es mehr Hinweise auf eine sinkende als auf eine wachsende Bedeutung illegalen Aufenthalts in Europa gibt. Ein Grund dafür ist unter anderem die EU-Erweiterung. Dadurch sind bulgarische und rumänische Staatsangehörige, die sich vorher illegal aufgehalten haben, seit 2007 in den meisten Fällen aufenthaltsrechtlich legalisiert worden. Ein Rumäne, der heute im Einwohnermeldeamt nicht registriert ist, begeht eine Ordnungswidrigkeit – genauso wie ein Deutscher aus Bayern, der seinen neuen Wohnsitz in Berlin nicht amtlich registrieren lässt. Aber EU-Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten EU8 und EU2 können illegal beschäftigt sein, wenn sie ohne die erforderliche Arbeitsgenehmigung arbeiten.

Ländervergleichend deuten Schätzungen eher auf geringe Bevölkerungsanteile von Zuwanderern ohne regulären Status hin: In vielen Ländern, wie Polen und den Niederlanden, werden Werte von unter 1 % ermittelt. In einigen wenigen Ländern, wie Spanien oder Griechenland, Werte bis zu 3 %. *Vesela Kovacheva und Dita Vogel, Migration Research Group des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)* Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog über einzelne Länderschätzungen und die Gesamtschätzung sind willkommen und werden bei einer Überarbeitung der Website im Rahmen des CLANDESTINO-Projektes berücksichtigt (<http://clandestino.eliamep.gr>). Die Datenbank ist zu finden unter: <http://irregular-migration.hwwi.net>

## Veranstaltungen, Bewerbungsaufruf & Literatur



**Fachkonferenz**  
 „Mit Vielfalt umgehen lernen“ - Interkulturelle Bildung als Herausforderung für Unterricht und Schulalltag  
 Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Kooperation mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland/KMK  
 Termin/Ort: 20./21.4.2009, Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, In den Ministertgärten 3, 10117 Berlin  
 Zielgruppe: Für Lehrpläne Verantwortliche, in der Lehrerbildung Tätige, Fachseminarleiter sowie Pädagogen  
 Anmeldung: Bundeszentrale für politische Bildung, Heidrun Kaudelka, Fachbereich Fortbildung/Didaktik, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel.: +49 (0)228 99515-578, E-Mail: heidrun.kaudelka@bpb.de  
 Teilnahmebeitrag: Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben.  
 Informationen: [www.bpb.de/veranstaltungen/H2BAMO,0,Mit\\_Vielfalt\\_umgehen\\_lernen.html](http://www.bpb.de/veranstaltungen/H2BAMO,0,Mit_Vielfalt_umgehen_lernen.html)

**Bewerbungsaufruf**  
 European Master in Intercultural Education  
 Veranstalter: Freie Universität Berlin  
 Veranstaltung: einjähriger Weiterbildungsstudiengang in Vollzeit  
 Ort: Freie Universität Berlin  
 Kosten: 2.200 Euro zuzügl. Semestergebühren  
 Zielgruppe: Absolventen von pädagogischen, sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen, Lehrende und Mitarbeiter aus pädagogischen Handlungsfeldern  
 Inhalte: Im Mittelpunkt stehen interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit, die Förderung von Sprachkompetenz, internationale Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Themen Migration, multikulturelle Gesellschaften und Globalisierung sowie Mechanismen der Ein- und Ausgrenzung. Der Studiengang kombiniert Theorie, Praxis und empirische Forschung.  
 Ansprechpartnerin: Christina Ayazi, E-Mail: [Christina.Ayazi@fu-berlin.de](mailto:Christina.Ayazi@fu-berlin.de)  
 Informationen: [www.fu-berlin.de/em-ice](http://www.fu-berlin.de/em-ice)



**Literatur**  
 Bundeszentrale für politische Bildung: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 5/2009), 26. Januar 2009, Download: [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationsreport Teil 4, Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland, Working Paper 22 der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Download/Bestellung: [www.bamf.de](http://www.bamf.de) (Publikation im Bereich Migration)

Rolf Benndorf: Lebensperspektive Deutschland. Afrikanerinnen und Afrikaner in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration. 2008, Marburg, ISBN 978-3-8288-9784-7, 34,90 Euro, Online-Bestellung: [www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

Gunilla Fincke: Abgehängt, chancenlos, unwillig? Eine empirische Reorientierung von Integrations-theorien zu Migranten der zweiten Generation in Deutschland. 2009, Wiesbaden, ISBN-10: 3531164996, ISBN-13: 978-3531164991, 39,90 Euro, Online-Bestellung: [www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)

Viola B. Georgi, Rainer Ohliger (Hg.): Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft. 2009, Hamburg, ISBN 978-3-89684-336-4, 16 Euro, Online-Bestellung: [www.edition-koerber-stiftung.de](http://www.edition-koerber-stiftung.de)

Sabine Hess, Jana Binder, Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. 2009, Bielefeld, ISBN 978-3-89942-890-2, 24,80 Euro, Online-Bestellung: [www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)

International Organization for Migration (IOM) / Social Science Research Council (SSRC): Migration and Development Within and Across Borders: Research and Policy Perspectives on Internal and International Migration. 2008, ISBN / ISSN: 978-92-9068-434-3, 70 US-Dollar, Download/Bestellung: [www.iom.int](http://www.iom.int) und [www.ssrc.org](http://www.ssrc.org)

Navid Kermani: Wer ist wir? Deutschland und seine Muslime. 2009, München, ISBN 978-3-406-57759-8, 16,90 Euro, Online-Bestellung: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Stefan Luft: Staat und Migration: Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration. 2009, Frankfurt/Main, ISBN-10: 359338888X, ISBN-13: 978-3593388885, 45 Euro, Online-Bestellung: [www.campus.de](http://www.campus.de)

Utz Maas: Sprache und Sprachen in der Migrationsgesellschaft. Die schriftkulturelle Dimension. 2008, Göttingen, ISBN 978-3-89971-518-7, 48,90 Euro, Online-Bestellung: [www.v-r.de](http://www.v-r.de)

### Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194  
 Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)  
 Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Jennifer Elrick (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veyssel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrlé; Redaktionsschluss: 19.3.2009  
 Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)  
 Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten. Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)  
 Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)

## Deutschland: Weniger Ausländer im Jahr 2008

2008 ging statistisch betrachtet die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer erneut zurück. Die meisten von ihnen waren türkischer Herkunft. Der größte Zuwachs wurde bei der Gruppe der Ausländer aus den EU-Mitgliedstaaten registriert.

Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes wies das Ausländerzentralregister (AZR) Ende 2008 rund 6,73 Mio. Personen in Deutschland auf, die ausschließlich eine ausländische oder keine Staatsbürgerschaft besaßen (2007: 6,74 Mio.; 2006: 6,75 Mio.). Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 %. Während 2008 rund 403.000 Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nach Deutschland gezogen sind, haben etwa 308.000 die Bundesrepublik verlassen. Rund 113.000 Ausländer sind aus anderen Gründen, beispielsweise wegen Einbürgerung, aus dem Register ausgeschieden.

5,36 Mio. der Ende 2008 in Deutschland lebenden Ausländer (80 %) besaßen den Pass eines europäischen Staates. 0,8 Mio. Ausländer kamen aus Asien (12 %), 0,25 Mio. aus Afrika (4 %) und 0,2 Mio.

aus Nord- und Südamerika (3 %). 1 % aller Ausländer hatte keine oder eine ungeklärte Staatsbürgerschaft. Die größte Gruppe der in Deutschland lebenden Ausländer stellten Ende 2008 Türken dar (1.688.370 bzw. 25 %), gefolgt von Italienern (523.162 bzw. 8 %) und Polen (393.848 bzw. 6 %, siehe Tabelle). Zugleich

hat die Zahl der Ausländer mit türkischer Staatsbürgerschaft am stärksten abgenommen (-25.181). Dies entsprach einem Rückgang von etwa 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr, der zum großen Teil auf Einbürgerungen zurückzuführen ist.

In ähnlicher Größenordnung konnte für die Staatsbürger der EU-Mitgliedstaaten ein Zuwachs verzeichnet werden (+ 24.225). Verantwortlich für diesen Anstieg war hauptsächlich die zunehmende Zuwanderung der Ausländer mit rumänischer, polnischer oder bulgarischer Staatsbürgerschaft. Etwa jeder fünfte Ausländer in Deutschland wurde bereits in der Bundesrepublik geboren (1,33 Mio.). Den höchsten Anteil an den hierzulande Geborenen hatten mit 33 % die türkeistämmigen Ausländer, gefolgt von Italienern (31 %) und Griechen (28 %).

Das AZR erfasst nur Ausländer, die sich mindestens drei Monate in Deutschland aufhalten. Es weist deshalb bei Bestandszahlen und Veränderungen in der Regel niedrigere Werte aus als Datenquellen ohne eine solche Einschränkung. So liegt die Zahl der 2007 in Deutschland lebenden Ausländer in der Bevölkerungsforschung mit 7,26 Mio. um eine halbe Million höher als die im AZR (2007: 6,74 Mio.). Gleiches gilt für die Wanderungsstatistik, deren Angaben zu den Zu- und Fortzügen von Ausländern deutlich über denen des Ausländerzentralregisters liegen. *th*

Weitere Informationen: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Fachserie 1, Reihe 2 Ausländische Bevölkerung)

### Wichtigste Herkunftsstaaten, Ausländer in Deutschland 2008

Staatsangehörigkeit	Insgesamt
Türkei	1.688.370
Italien	523.162
Polen	393.848
Griechenland	287.187
Kroatien	223.056
Russische Föderation	188.253
Österreich	175.434
Bosnien Et Herzegowina	156.804
Serbien	136.152
Niederlande	132.997

Quelle: Statistisches Bundesamt

Inhalt	
Deutschland: Weniger Ausländer im Jahr 2008	1
Deutschland: SPD will „moderne Migrationspolitik“	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
In der Diskussion: Muslimische Migranten und Antisemitismus	3
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Kurzmeldungen – Europa	4
Vereinigte Staaten: Diskussion um Einwanderungsreform	4
Kurzmeldungen – Welt I und II	5
Webseite & Veranstaltungen & Bewerbungsauftrag	5
Zusätzlich in der Internetausgabe ( <a href="http://www.migration-info.de">www.migration-info.de</a> ):	
Deutschland: Razzia bei Mitgliedern der Islamkonferenz	
Kurzmeldungen – Deutschland III (Gerichtsurteile)	
Frankreich: Strenge Umsetzung des Einwanderungsgesetzes	
Mittelmeer: Erneute Havarie von Flüchtlingsbooten	

## Deutschland: SPD will „moderne Migrationspolitik“

In dem Anfang April veröffentlichten Papier „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine modernere Einwanderungspolitik ausgesprochen. Diese beinhaltet die Einführung eines Punktesystems zur Regelung der Zuwanderung und das Kommunalwahl-

recht sowie einen besseren Zugang zum Gesundheitswesen für alle in Deutschland lebenden Ausländer. Politiker anderer Parteien und Migrationsexperten kommentierten die Forderungen der SPD kritisch.

Das Strategiepapier stammt von der fachübergreifenden Projektarbeitsgruppe „Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ unter der Leitung von Angelica Schwall-Düren, der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hofft, die Forderungen im Falle einer SPD-Regierungsverantwortung durchsetzen zu

Das Strategiepapier stammt von der fachübergreifenden Projektarbeitsgruppe „Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ unter der Leitung von Angelica Schwall-Düren, der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hofft, die Forderungen im Falle einer SPD-Regierungsverantwortung durchsetzen zu

können. Die SPD fordert in dem Eckpunktepapier eine „kohärente Migrationspolitik“. Die Grundzüge einer solchen Politik sehen wie folgt aus:

Punktesystem (vgl. MuB 7/08, 6/08, 9/04): Nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer wie

#### (Kurzmeldungen – Deutschland)

Erste irakische Flüchtlinge angekommen  
122 irakische Flüchtlinge sind am 19. März aus der syrischen Hauptstadt Damaskus in Hannover eingetroffen. Sie wurden im ehemaligen Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen untergebracht. Es sind die ersten von insgesamt 2.500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus dem Irak, die in den nächsten Monaten nach Deutschland kommen werden. Die EU hatte im November beschlossen, im Rahmen eines Programms des UN-Flüchtlingshilfswerks rund 10.000 irakische Flüchtlinge in Europa aufzunehmen (vgl. MuB 10/08). Die Flüchtlinge erhalten in Deutschland eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis mit Option auf Verlängerung sowie die Erlaubnis zu arbeiten. „Der entscheidende Unterschied zu Asylbewerbern ist, dass sie sofort einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Auch das verbessert ihre Perspektive auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland“, sagte die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU). [www.bamf.de](http://www.bamf.de)  
Mehr Migranten für den Lehrberuf  
Angesichts des Lehrermangels will die Bundesregierung hochqualifizierte Einwanderer verstärkt an Schulen einsetzen. Darauf haben sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (alle CDU) Mitte März verständigt. Eine Arbeitsgruppe des Bildungsministeriums und der Kultusminister der Länder soll prüfen, wie Migranten der Zugang zum Lehrerberuf vereinfacht werden kann, etwa durch eine leichtere Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse.

Eine zeitgleich erschienene Evaluation vom Europäischen Forum für Migrationsstudien (efms) der Universität Bamberg im Rahmen eines Projekts der Stiftung Mercator mit bundesweit rund 6.500 Schülern mit Migrationshintergrund zeigt, dass sich Schüler aus Einwandererfamilien in der Schule gerade dann verbessern, wenn sie von Förderlehrern mit gleicher ethnischer Herkunft unterrichtet werden (Projekttitle: „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“). [www.stiftung-mercator.org](http://www.stiftung-mercator.org)

staaten. Von diesen Ländern wird angenommen, dass es dort keine Verfolgung gebe. Geduldeten Flüchtlingen müsse nach einer angemessenen Frist eine Bleibeperspektive eröffnet werden. Integrationsangebote sollten ihnen frühzeitig offen stehen.

Irreguläre Migration (vgl. MuB 1/09, 9/08): Aus Sicht der SPD sollen Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus „in gewissem Umfang“ Zugang zu sozialen

beispielsweise Kanada schlägt die SPD ein Punktesystem vor, „um den zukünftigen, langfristigen Bedarf an Fachkräften decken zu können und unter anderem dadurch die Folgen des demographischen Wandels mildern zu helfen“. Ziel sei die dauerhafte Zuwanderung von gut ausgebildeten, qualifizierten Arbeitskräften und ihren Familien. Kriterien für die Auswahl der Bewerber könnten sein: Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und weitere Kriterien „guter Anpassungsfähigkeit“ wie z. B. Qualifikation des Ehepartners, frühere Tätigkeit in Deutschland oder hier lebende Verwandte.

Auf die „Vorrangprüfung“, nach der deutsche Bewerber oder EU-Bürger Vorrang beim Zugang zu einem Beschäftigungsverhältnis genießen, will die SPD beim Punktesystem verzichten. Ergänzt werden soll es aber durch ein „Engpassverfahren“ für Fachkräfte je nach Bedarf.

Asylpolitik (vgl. MuB 1/09, 9/08): Die SPD beabsichtigt die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Personen, die zwar nicht die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erfüllen, aber Flüchtlinge auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sind und daher aus menschenrechtlichen Gründen vor Abschiebung geschützt werden (sog. subsidiär schutzberechtigte Personen). Außerdem fordert sie die „Revision mehrerer scharf kritizierter Bestandteile der Asylverfahrensrichtlinie“, insbesondere der Regelung über so genannte sichere Herkunfts- und Dritt-

Dienstleistungen und zum Gesundheitssystem bekommen. Die Meldepflicht über den illegalen Aufenthaltsstatus, die derzeit für öffentliche Einrichtungen gilt, sollte eingeschränkt werden. In dem Papier fordert die SPD weiter: „Die Schulpflicht sollte auch für die Kinder von Menschen ohne Aufenthaltsstatus gelten.“

Kommunales Wahlrecht (vgl. MuB 4/07, 2/99): Drittstaatsangehörige sollen aus Sicht der SPD künftig in allen EU-Ländern an Kommunalwahlen teilnehmen können.

Anerkennung von Abschlüssen: Die SPD will, dass nicht nur Hochschulabschlüsse, sondern auch Berufsabschlüsse von Zugewanderten anerkannt werden.

Arbeitnehmerfreizügigkeit (vgl. MuB 6/07): Bei künftigen Erweiterungsrounds der EU will die SPD die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verkürzen und, wenn es die Arbeitsmarktlage erlaubt, von Beginn an gewähren, dass EU-Neubürger in Deutschland arbeiten können. Für Bulgaren und Rumänen, deren Länder seit 2007 EU-Mitglieder sind, soll die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland ab 2012 gelten, die bis 2014 maximal mögliche Beschränkung also nicht ausgeschöpft werden.

Zirkuläre Migration: Die SPD begrüßt die aktuellen EU-Vorschläge zur temporären Arbeitsmigration in die EU und den „Mobilitätspartnerschaften“ mit den Herkunftsländern, die auf die Entwicklung dieser Staaten und die gemeinsame Bekämpfung illegaler Migration ausgerichtet sind. Fehler der alten Gastarbeiteranwerbung dürften sich bei einer Migration auf Zeit aber nicht wiederholen. Ausgebildete Migranten sollten für einen längeren Zeitraum in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, ohne ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Auch der Familiennachzug müsse gewährleistet werden.

Reaktionen: Mark Holzberger, Referent für Migrations- und Flüchtlingspolitik in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte gegenüber „Migration und Bevölkerung“, dass wichtige Aspekte der europäischen Asyl- und Migrationspolitik in dem Eckpunktepapier der SPD fehlen, etwa eine kritische Auseinandersetzung mit der derzeit „schmalspurigen europäischen Integrationspolitik“ oder den „rigiden Außengrenzkontrollen der EU“. Stattdessen referiere die SPD lediglich die Eckpunkte des bereits umgesetzten „Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Sicherung der Fachkräftebasis“ (vgl. MuB 7/08) – ohne hieraus neue, darüber hinaus gehende Forderungen abzuleiten.

Der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Ausländerrecht Hartfried Wolff sagte, so begrüßenswert der Vorschlag der SPD für ein Punktesystem sei, so sehr verhalte sich die SPD jetzt vor den Wahlen widersprüchlich, wenn sie dessen Einführung fordere: „Dafür hat die SPD in den vergangenen zehn Jahren eigentlich genügend Zeit gehabt.“ Die FDP hätte zuletzt im März 2008 einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht, dieser sei aber auch von der SPD abgelehnt worden.

Klaus J. Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, begrüßt die Forderung der SPD nach einer „Kombination von kriterienorientiertem Punktesystem und Engpassanalyse am Arbeitsmarkt“. Für eine flexible Zuwanderungssteuerung sei die „Einführung dieser Steuerungskombination längst überfällig“. Dies gelte auch angesichts der Wirtschaftskrise, da sich sonst an deren Ende die „schon am Vorabend der Krise aufgestauten Probleme beim Fachkräftemangel noch potenzieren und die wirtschaftliche Erholung erschweren könnten“.

Migrationsexpertin Rita Süßmuth (CDU) verwies gegenüber „Migration und Bevölkerung“ darauf, dass das Punktesystem bereits beim Aufnahmeverfahren jüdischer Zuwanderer in Deutschland angewendet werde (vgl. MuB 4/08). *up*

Weitere Informationen: [www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,46480,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,46480,00.html) (Pressemitteilung) [www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,10921,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10921,00.pdf) (vollständiges Dokument „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“)

### Kurzmeldungen – Deutschland II

#### Geburtenrückgang 2008

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Neugeborenen 2008 auf rund 675.000 zurückgegangen. Dies ist ein leichter Rückgang um rund 8.000 im Vergleich zum Vorjahr (-1,1%). Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte noch im Februar von einem anhaltenden Aufwärtstrend gesprochen und dies auf ihre Familienpolitik, insbesondere das Elterngeld, zurückgeführt. Allerdings berücksichtigte sie zum damaligen Zeitpunkt nur die Daten bis September 2008. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres brachen die Geburtenzahlen jedoch deutlich ein, sodass sich für 2008 insgesamt ein Geburtenrückgang ergibt. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

**Abschaffung der Optionspflicht gefordert**  
Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) Kenan Kolat forderte Mitte April zum wiederholten Mal, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern ihre doppelte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Derzeit müssen sich diese Kinder zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie ihre deutsche Staatsangehörigkeit oder die ihrer Eltern behalten wollen (vgl. MuB 7/08, 1/08, 3/99). Kolat hofft, dass sich nach der Bundestagswahl im September die politischen Mehrheiten ändern. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sind dafür, die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen. CDU und CSU sind dagegen, die FDP ist in dieser Frage gespalten. Nach Kolats Angaben haben mittlerweile die ersten Heranwachsenden Behördenbriefe erhalten, in denen sie auf die Entscheidungspflicht hingewiesen werden. [www.tgd.de](http://www.tgd.de)

**137.000 ohne Schulabschluss**  
Rund 6,5 % aller ehemaligen Schüler mit Migrationshintergrund (ca. 137.000 Personen) haben keinen allgemeinen Schulabschluss erreicht. Bei der gesamten einheimischen Bevölkerung lag dieser Anteil bei rund 1,5 % (847.000 Personen ohne Schulabschluss). Anhand von Daten aus dem Jahr 2007 hat das Statistische Bundesamt den Schulerfolg von Personen mit Migrationshintergrund untersucht, die ihre gesamte Schullaufbahn in Deutschland absolviert haben. Insgesamt waren das rund 2 Mio. Menschen. [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2008/PD08\\_042\\_p002.psm](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2008/PD08_042_p002.psm)

von Zuwandererkindern heranwächst, bei der Antisemitismus gesellschaftsfähig ist“.

Auch Cem Özdemir, der das Vorwort zur Broschüre verfasste, forderte in Zeitungsinterviews Migranten-

## In der Diskussion: Muslimische Migranten und Antisemitismus

Spätestens seit der so genannten zweiten Intifada (2000–2005) und dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist das Thema Antisemitismus unter Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund ein Dauerbrenner in den deutschen Medien. Ob diese spezifische Gruppe allerdings in signifikanter Weise anfälliger für antisemitische Einstellungen ist, darüber gibt es bisher wenig wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse.

Jüngstes Beispiel ist eine Welle von Berichten nach einer Podiumsdiskussion in Berlin-Kreuzberg Ende Februar, bei der die Amadeu Antonio Stiftung die Broschüre „Die Juden sind schuld. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus“ (AAS-Broschüre) vorstellte. Diese enthält Aufsätze, die allgemein in den Themenkomplex einführen sowie Beiträge aus der pädagogischen und kommunalpolitischen Praxis. Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt die Veranstaltung, weil sie vom Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir moderiert wurde. In der Folge äußerten sich fachkundige Politiker wie der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) über Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Laschet erklärte, dass „wir“ es nicht geschafft hätten, „ihnen [...] die besondere Verantwortung jedes Deutschen gegenüber Israel und Menschen jüdischen Glaubens zu vermitteln“. Die Gefahr sei groß, sagte Laschet, „dass mitten in Deutschland eine Generation

vereine und -verbände dazu auf, zum Antisemitismus „in den eigenen Reihen“ nicht zu schweigen. Özdemir verwies zugleich darauf, dass der Antisemitismus keine islamische Erfindung sei, „sondern ein relativ modernes Phänomen im Islam, das viel zu tun hat mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dessen politischer Instrumentalisierung durch radikale Organisationen.“

In der Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung werden im Beitrag des Projekts „amira“ – einem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen sowie dem Berliner Integrationsbeauftragten geförderten Modellprojekt des Vereins für demokratische Kultur in Berlin – die Ergebnisse einer Befragung von Sozialarbeitern und Migranten-Organisationen in Berlin-Kreuzberg dargestellt (Susanna Harms, „Antisemitismus, ein Problem unter vielen“) Die Befragung hatte ergeben, dass antisemitische Äußerungen in unterschiedlichem Ausmaß in nahezu allen Kreuzberger Jugendclubs beobachtet werden können. Zentraler Kontext ist dabei der Nahost-Konflikt sowie die Funktion des Wortes „Jude“ als Schimpfwort. Obwohl die Autorin Susanna Harms, Mitarbeiterin bei amira, erklärte, dass es sich hier um eine lokale und aus der Perspektive der Befragten gefilterte Wahrnehmung handelte, stellten die berichtenden Medien die Befragung als repräsentative Umfrage dar.

Darüber hinaus berichteten viele Zeitungen, 15,7 % der muslimischen Jugendlichen neigten zum Antisemitismus, während dies nur für ca. 5,4 % ihrer „einheimischen deutschen“ Altersgenossen gelte. Diese Zahlen stammen aus der 2007 veröffentlichten Studie „Muslime in Deutschland“, die das Bundesministerium des Innern in Auftrag gegeben hatte (vgl. MuB 1/08).

Bemerkenswert ist zunächst, dass von den auf 500 Seiten präsentierten vielschichtigen Ergebnissen der Studie insbesondere diese Passage als einzige immer wieder zitiert wird. Weiterführend könnte es sinnvoll sein, die Interpretation der Daten durch die Forscher genauer in den Blick zu nehmen. So arbeiteten die Autoren der Studie, Katrin Brettfeld und Peter Wetzels, etwa heraus, dass von den 60 % der antidemokratisch orientierten Muslime 60 % zur Gruppe der wirtschaftlich und sozial Ausgeschlossenen gehören – mit niedrigem Bildungsniveau und schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Für eine andere Gruppe von oft gut gebildeten und stark religiösen Muslimen führen die Forscher andere Gründe der Radikalisierung an: Die Wahrnehmung einer kollektiven, weltweiten Benachteiligung der Muslime, die sich etwa in den Kriegen im Irak und Afghanistan oder dem Nahostkonflikt manifestiere. Interessant ist dabei, dass Religiosität bei türkischen und arabischen Einwanderern – im Gegensatz zu Herkunftsdeutschen – mit sinkendem Bildungsniveau steigt. Zu denken gibt auch, dass das autoritäre und demokratiefeindliche Potenzial unter Muslimen mit dem unter der herkunftsdeutschen Bevölkerung weitgehend deckungsgleich ist.

Vor diesem Hintergrund ist Michael Kiefer, einem der Autoren der AAS-Broschüre, zuzustimmen, wenn

### Kurzmeldungen – Europa

**Spanien:** Urteil wegen Zwangsverheiratung  
Die aus Mauretanien stammende und in Spanien lebende Hawa Mint Cheikh ist Ende März von dem Landgericht in Cádiz wegen der Zwangsverheiratung ihrer Tochter Selamha Mint Mohamed zu 17 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. 2006 wurde die damals 14-Jährige nach Mauretanien geschickt und dort mit einem Cousin der Mutter zwangsverheiratet. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Mutter die in Spanien geborene Tochter wiederholt durch Schläge zum Verkehr mit dem damals 40-jährigen Mokhtar Salem gezwungen habe. Der Mann wurde 2007 während eines Besuchs in Spanien festgenommen und in zwischen zu 13 Jahren Haft wegen sexueller Nötigung verurteilt. Der Vater der heute 16-jährigen Selamha, Mohamed Ould Abdallah, erhielt ebenfalls eine Freiheitsstrafe (18 Monate). Er hatte seiner Tochter mehrfach mit Steinigung gedroht, sollte sie sich der arrangierten Ehe widersetzen.

**EU:** Sozialleistungen für Asylbewerber  
Die Europäische Kommission plant für Mai die Verabschiedung einer Richtlinie, nach der Asylbewerber beim Bezug von Sozialleistungen weitgehend mit EU-Bürgern gleichgestellt werden sollen. In der Richtlinie zur „Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten“ (KOM/2008/0815 endg.) heißt es, dass die Unterstützung für Asylbewerber „dem Betrag der Sozialhilfe entspricht, der eigenen Staatsangehörigen gewährt wird“. Außerdem sollen Asylbewerber bereits nach sechs statt zwölf Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Das Bundessozialgericht in Deutschland hatte erst Ende vergangenen Jahres entschieden, dass Asylbewerber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben (Az. B 14 AS 24/07 R). <http://eur-lex.europa.eu>  
<http://www.bundessozialgericht.de>

**Österreich:** Armut von Migrantenkinder  
Kinder von arbeitslosen Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund sind in Österreich besonders armutsgefährdet. Zu diesem Ergebnis kommt die vom Wiener Institut für Soziologie erstellte Studie „In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen“, die Anfang April veröffentlicht wurde. In Zuwandererfamilien lebt die Hälfte aller Kinder in zu kleinen Wohnungen, im Durchschnitt liegt dieser Wert in Österreich bei etwa 12 %. Zudem fehlen in diesen Familien oft die Mittel für Kleidung, Lebensmittel, einen Internetzugang oder Urlaubsreisen. In dem Bericht werden u. a. die Einführung von Ganztagschulen, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung und eine eigene Grundsicherung für Kinder gefordert. [www.soz.univie.ac.at](http://www.soz.univie.ac.at)

er erklärt, dass es vollkommen unklar ist, „in welchem Ausmaß antisemitische Vorurteilsbekundungen von muslimischen Jugendlichen vertreten werden“. Notwendig sei es herauszufinden, ob diese Einstellungen vorübergehend und ereignisgebunden sind, oder ob es sich dabei um verfestigte Haltungen handelt. Solche Erhebungen könnten beispielsweise der Frage nachgehen, welche Funktion der Antisemitismus als signifikant abweichendes Merkmal unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben könnte, wenn ansonsten alle anderen statistischen Variablen übereinstimmen. Eine mögliche Erklärung etwa wäre, dass der Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Rolle des Merkmals „Ausländerfeindlichkeit“ einnimmt und darüber hinaus der Islamismus diesen Jugendlichen möglicherweise ideologisch das anbietet, was für herkunftsdeutsche Jugendliche der historische deutsche Faschismus ist.

In den meisten Erhebungen korrelieren niedriges Bildungsniveau und demokratiegefährdende Einstellungen. Antisemitismus glaubt man daher eher in einer Hauptschule als auf dem Gymnasium anzutreffen. Wie aber u. a. die Untersuchung von Albert Scherr und Barbara Schäuble zeigt, können auch

Jugendliche, die sich selbst als Gegner von Antisemitismus bezeichnen, antisemitische Klischees und Stereotype reproduzieren. Vor diesem Hintergrund sind plakative Fragen nach Judenfeindschaft nicht hilfreich bei der Evaluation von antisemitischen Einstellungsmustern. Mit anderen Worten: Bessere Bildung steht nicht unbedingt für weniger Ressentiments.

Will man herausfinden, ob sich hinter den „richtigen“ Kreuzchen auf dem Fragebogen mehr verbirgt als normenkonformes Verhalten, bedarf es neuer Forschungsstrategien. Diskussionen, die darauf abzielen, die prozentuale „Mehrbelastung“ migrantischer Jugendlicher zu be- oder widerlegen, bergen immer die Gefahr, zum Spielball ideologischer Grabenkämpfe zu werden. Wichtig ist es daher, immer wieder hervorzuheben, dass Forschung zu diesem Themenbereich dazu beitragen muss, spezifische Ursachen und Kontexte von Antisemitismus bei migrantischen Jugendlichen herauszuarbeiten. Nicht, weil diese schlimmer oder harmloser sind als bei herkunftsdeutschen Jugendlichen, sondern weil es hier ganz offensichtlich besonderer Zugänge bei der Bekämpfung des Antisemitismus bedarf – etwa der Berücksichtigung von politischen Diskursen in den Herkunftsländern oder von Erfahrungen mit Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. *Serhat Karakayali*, Projektleiter von „amira“ (Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus, [www.amira-berlin.de](http://www.amira-berlin.de))  
Weitere Informationen:

Katrin Brettfeld, Peter Wetzels (2007): Muslime in Deutschland. Kurzfassung: [www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139730/publicationFile/14972](http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139730/publicationFile/14972)  
Muslimen in Deutschland 2007  
Kurzdarstellung.pdf

Albert Scherr, Barbara Schäuble (2008): „Wir“ und „die Juden“: Gegenwärtiger Antisemitismus als Differenzkonstruktion, Download: <http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/BerlinerInitial.pdf>

Amadeu Antonio Stiftung (2009): Die Juden sind schuld. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Download: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/diejuden.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/diejuden.pdf)

amira (2008): „Du Opfer!“ – „Du Jude!“ Antisemitismus und Jugendarbeit in Kreuzberg, Download: <http://amira-berlin.de/Material/Dokumentation/54.html>

## Vereinigte Staaten: Diskussion um Einwanderungsreform

In den US-amerikanischen Medien wird zunehmend darüber spekuliert, ob und wann die US-Regierung unter Präsident Barack Obama (Demokraten) das umstrittene Thema einer Einwanderungsreform angehen wird. Erste Signale deuten darauf hin, dass gegen Ende des Jahres ein erster Entwurf vorgelegt werden soll.

Verschiedenen Schätzungen zufolge leben etwa 12 Mio. undokumentierte Einwanderer in den Vereinigten Staaten, der Großteil von ihnen ist lateinamerikanischer und v. a. mexikanischer Herkunft (vgl. MuB 3/09). Bereits in der vorherigen Legislaturperiode unter dem

damaligen Präsidenten George W. Bush (Republikaner) war ein Gesetzesentwurf zur Einwanderung vorgelegt worden (vgl. MuB 5/07). Dieser sah u. a. eine Teillamstie für undokumentierte Einwanderer vor, scheiterte jedoch am Widerstand innerhalb des US-amerikanischen Kongresses, v. a. aus den Reihen der Republikaner. Seit den Wahlen im November 2008 verfügt die Demokratische Partei über die absolute Mehrheit in beiden Kammern des US-amerikanischen Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus).

Medienberichten und politischen Beobachtern zufolge wird Präsident Obama bereits im Mai das Thema einer Einwanderungsreform öffentlich ansprechen und gegen Jahresende einen ersten Gesetzesentwurf vorlegen. Zunächst sollen jedoch andere Gesetzesvorhaben, allen voran in den Bereichen Gesundheit und Energie, angegangen werden. Im Wahlkampf hatte Obama versprochen, die Einwanderungsreform als Priorität im ersten Amtsjahr zu behandeln. Bei einem Treffen mit

**Kurzmeldungen – Welt I****USA: Weniger Reisebeschränkungen für Exil-Kubaner**

Im Rahmen der Neuorientierung der US-amerikanischen Lateinamerika-Politik hat die Regierung unter Präsident Barack Obama (Demokraten) Mitte April eine Lockerung der Reisebeschränkungen für in den USA lebende Exil-Kubaner angekündigt. Bislang durften Exil-Kubaner in einem Zeitraum von drei Jahren nur jeweils ein Mal nach Kuba reisen und alle drei Monate höchstens 300 US-Dollar nach Kuba überweisen. Nun dürfen sie sowohl unbegrenzt reisen als auch beliebige Geldsummen überweisen. In den USA leben etwa 1,2 Mio. Personen kubanischer Abstammung (Zensus 2000). Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch begrüßte die Maßnahme als „bedeutsame Abkehr von einer unwirksamen und ungerechten Politik“. Während des Amerika-Gipfels in Trinidad und Tobago vom 17.-19. April bekannten sowohl Präsident Obama als auch Außenministerin Clinton (Demokraten), dass die bisherige Kuba-Politik der Vereinigten Staaten gescheitert sei. [www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Fact-Sheet-Reaching-out-to-the-Cuban-people](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Fact-Sheet-Reaching-out-to-the-Cuban-people)

**USA/EU: Guantánamo-Debatte**  
US-Präsident Barack Obama (Demokraten) hat die Staaten der Europäischen Union Anfang April offiziell um die Aufnahme von Guantánamo-Insassen gebeten. Das Zentrum für Verfassungsrechte (Center for Constitutional Rights - CCR) mit Sitz in New York appellierte daraufhin an die Bundesregierung, sechs Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen. Das CCR hat die juristische Vertretung mehrerer Gefangener übernommen und bat Deutschland, vier Syrer, einen Russen und einen Palästinenser „aus humanitären Gründen“ aufzunehmen. Seit Anfang des Jahres herrscht Uneinigkeit zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD hinsichtlich einer möglichen Aufnahme ehemaliger Guantánamo-Gefangener (vgl. MuB 1-2/09). Auch in der EU gibt es noch keine Einigung. Die EU-Innen- und Justizminister verständigten sich Anfang April in Luxemburg lediglich darauf, einander zu informieren, wenn sie ehemalige Guantánamo-Häftlinge aufnehmen. [www.ccrjustice.org](http://www.ccrjustice.org)

Die Sprecherin des Abgeordnetenhauses Nancy Pelosi (Demokraten) bezeichnete die Razzien als „unamerikanisch“. Heimatschutzministerin Janet Napolitano (Demokraten) kündigte Mitte März bereits an, dass in erster Linie nicht mehr die illegal anwesenden Einwanderer strafrechtlich

demokratischen Abgeordneten lateinamerikanischer Herkunft (Hispanic Caucus) im März bekräftigte Obama sein Vorhaben. Die Einwanderungsreform soll auch eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus bestimmter Gruppen undokumentierter Einwanderer umfassen. Dabei ist vorgesehen, dass Teilnehmer des Legalisierungsprogramms zunächst eine Strafzahlung entrichten müssen, da sie angesichts ihres illegalen Aufenthaltsstatus gesetzliche Regelungen missachtet haben. Danach hätten sie das Recht, nach Einhaltung der Fristen einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Der National Council of La Raza (NCLR), ein Zusammenschluss von lateinamerikanischen Migrantenvverbänden, begrüßte die Berichte über ein Gesetzesvorhaben in diesem Jahr. „Wir glauben, dass wir ihm [Obama] bei dieser Wahl geholfen haben, und wollen ihn nun an seinen Versprechen messen“, so Janet Murguía, Präsidentin des NCLR. 67 % der Wähler mit lateinamerikanischen Wurzeln gaben Barack Obama bei den Präsidentschaftswahlen im November 2008 ihre Stimme. 2004 hatte der damalige Präsidentschaftskandidat der Demokraten John Kerry lediglich 53 % der hispanischen Wählerstimmen erhalten. Das Votum der Hispano-Amerikaner gilt mit als entscheidend für den Wahlsieg Obamas.

Der NCLR und andere Verbände drängen nicht nur auf eine Legalisierung lang ansässiger undokumentierter Einwanderer, sondern auch auf einen Kurswechsel bei der internen Migrationskontrolle. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Durchführung

**Kurzmeldungen – Welt II**

**China: 25 Mio. Wanderarbeiter verlieren Arbeit**  
Infolge der Finanzkrise haben in China deutlich mehr Arbeitsmigranten ihre Jobs verloren, als bisher angenommen. Wie die chinesische Statistikbehörde Ende März mitteilte, seien zum Neujahrsfest Ende Januar etwa 25 Mio. Wanderarbeiter arbeitslos gewesen. Bislang war die Regierung von 20 Mio. ausgegangen. Offiziellen Angaben zufolge gibt es etwa 140 Mio. Arbeitsmigranten in China. Inzwischen verkündete Ministerpräsident Wen Jiabao, dass sich die Wirtschaft des Landes bereits erhole und sich auch die Situation der Wanderarbeiter zu verbessern beginne. Die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibe aber eines der wichtigsten Ziele der Regierung, um bei einer wachsenden Bevölkerung den sozialen Frieden zu erhalten. Arbeitsmarktexperten zufolge müssen 2009 mindestens 24 Mio. neue Arbeitsplätze allein in den Städten Chinas geschaffen werden, darunter für 7 Mio. Hochschulabsolventen. [www.stats.gov.cn/english](http://www.stats.gov.cn/english)

verfolgt werden sollen, sondern jene Arbeitgeber, die sie beschäftigen.

Vertreter von Migranten- und Bürgerrechtsverbänden führten unterdessen eine breit angelegte Kampagne für eine Einwanderungsreform durch. Dabei sollten Abgeordnete von der Notwendigkeit einer umfassenden Reform überzeugt werden. Die Forderungen der Kampagne beinhalten eine Demilitarisierung der Einwanderungs- und Grenzkontrollen, eine Aussetzung der Razzien und Abschiebungen sowie die Wiederherstellung von Migrantenrechten.

Widerstand gegen eine Einwanderungsreform kommt v. a. von Seiten der Republikaner sowie einwanderungskritischer Organisationen. Angesichts der Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit sei eine Legalisierung undokumentierter Einwanderer nicht zu verantworten. Politiker der republikanischen Partei kündigten bereits an, dass die Regierung im Falle eines Legalisierungsprogramms mit erheblichem Widerstand zu rechnen habe.

Auch der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Joe Biden (Demokraten) drückte während eines Besuchs im mittelamerikanischen Costa Rica Ende März Skepsis gegenüber einer Einwanderungsreform aus: „Es ist schwierig, den Wählern mitzuteilen, dass wir Ausländer legalisieren und Abschiebungen aussetzen, während die Arbeitslosigkeit steigt, Arbeitsplätze und Wohnungen verloren gehen.“ Dagegen unterstrich Präsident Obama während eines Staatsbesuchs Mitte April gegenüber seinem mexikanischen Amtskollegen Felipe Calderón (PAN, konservativ), dass eine umfassende Einwanderungsreform in der Tradition des Einwanderungslandes USA eine Hauptaufgabe seiner Regierung sein wird. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und trotz der Wirtschaftskrise ist eine Reform einschließlich eines Legalisierungsprogramms wahrscheinlich. *sta*

Weitere Informationen:  
[www.cis.org](http://www.cis.org) (Center for Immigration Studies), <http://velazquez.house.gov/chc> (Congressional Hispanic Caucus), [www.nclr.org](http://www.nclr.org) (National Council of La Raza), [www.immigrationforum.org](http://www.immigrationforum.org) (Nat. Immigration Forum)

## Webseite & Veranstaltungen & Bewerbungsaufwurf

Europäisches Integrationsportal / European Website on Integration  
Die Europäische Kommission hat in Zusammenarbeit mit der Brüsseler Migration Policy Group (MPG) eine

„Europäische Website für Integration“ (EWSI) erstellt. Das dreisprachige Portal (Englisch, Deutsch, Französisch) versammelt die wichtigsten Informationen zu staatlichen, halbstaatlichen und privaten Leuchtturm-



projekten und Best-Practice-Beispielen im Integrationsbereich aus allen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus stehen dort eine Vielfalt von Werkzeugen und Informationen rund um das Thema Integration zur Verfügung. Unter anderem sind die verschiedenen Fördermöglichkeiten auf den Ebenen der EU, der Nationalstaaten und im privaten Sektor sowie länderspezifische Informationen zu den wichtigsten Gesetzen und Akteuren in diesem Bereich abrufbar. Darüber hinaus erhalten Organisationen und Vereine die Möglichkeit, sich miteinander zu vernetzen und Informationen auszutauschen. <http://ec.europa.eu/ews/de/index.cfm>

#### Veranstaltungen - Konferenz

Europäische Nachbarschaft und Migration. Deutsche und polnische Migration in Geschichte und Gegenwart

Termin/Ort: 8./9. Mai 2009 in Breslau

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau  
 Inhalt: Experten gehen den Fragen nach Ursachen und Wirkungen von Auswanderung, Einwanderung und Zuwanderung nach. Ziel ist die exemplarische Thematisierung von Wanderungsbewegungen in Europa aus verschiedenen Blickwinkeln, um die unterschiedlichen Aspekte kritisch zu diskutieren. Der Themenkomplex von europäischer Nachbarschaft und Migration wird mit historischem Blick auf die DDR erweitert und innovativ journalistisch heruntergebrochen auf die Lebenswelt von Menschen heute.

Zielgruppe: deutsche & polnische Multiplikatoren, Journalisten, Doktoranden und politisch-historisch Interessierte

Teilnahme/Konferenzsprache: Die Teilnahme ist kostenlos. Konferenzsprache ist Deutsch.

Anmeldung: bitte bis 5. Mai 2009

Weitere Informationen/Ansprechpartner: Lothar G. Kopp (bpb), E-Mail: [kopp@bpb.de](mailto:kopp@bpb.de) oder Prof. Marek Zybura (Willy-Brandt-Zentrum), E-Mail: [zybura@wbz.uni.wroc.pl](mailto:zybura@wbz.uni.wroc.pl)

Internet: [www.bpb.de/veranstaltungen](http://www.bpb.de/veranstaltungen)

#### Konferenz

Pathways Interconnecting History Education and Citizenship Education in Adult Learning

Termin/Ort: 29./30. Mai 2009 in Berlin

Veranstalter: DARE-Netzwerk und Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) im Rahmen des „Geschichtsforum 09“ ([www.geschichtsforum09.de](http://www.geschichtsforum09.de))

Inhalt: In den europäischen Migrations- und Transformationsgesellschaften nach 1989 stehen Geschichtsunterricht und politische Bildung vor neuen Herausforderungen. Nationale, ethnische und familiäre Narrative tragen ebenso wie zunehmend globalisierte Medien zur Identitätsbildung bei. Expertenvorträge und

Praxisworkshops zeigen auf dieser europäischen Konferenz die enge Verbindung von Geschichtsvermittlung und politischer Bildung, insbesondere im Bereich der non-formalen und informellen Erwachsenenbildung.

Zielgruppe: haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter europäischer Bildungsorganisationen

Teilnahme/Konferenzsprachen: Die Teilnahme ist kostenlos. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Weitere Informationen/Ansprechpartner: Georg Pirker (AdB), E-Mail: [pirker@adb.de](mailto:pirker@adb.de)

Internet: [www.dare-network.eu](http://www.dare-network.eu)

#### Fachtagung

Fortbildung zur Behandlung des Themas Migration in der Technischen Zusammenarbeit

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Sektorvorhaben Migration und Entwicklung

Termin/Ort: 22. Juni 2009, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn

Zielgruppe: Fachleute i. d. Entwicklungszusammenarbeit

Anmeldung: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Thomas Rahn, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn, Tel: 0049 (0)6196 79-6165, Fax: 0049 (0)6196 79-806165, E-Mail: [thomas.rahn@gtz.de](mailto:thomas.rahn@gtz.de)

Teilnahmebeitrag: 250 Euro

Informationen: [www.gtz.de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/26225.htm](http://www.gtz.de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/26225.htm)

#### Bewerbungsaufruf - Call for Papers

Migration zwischen Afrika und Deutschland:

Kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital

afrikanischer Migranten im Einwanderungs- und Herkunftskontext

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

plant in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH eine Publikation zum Thema „Migration zwischen Afrika und der Bundesrepublik Deutschland“.

Die Publikation soll die Anerkennung und Nutzung sozialer, ökonomischer und humaner Ressourcen afrikanischer Zuwanderer im Einwanderungskontext analysieren. Der Sammelband soll ferner den Einfluss von Migration auf die Herkunftsländer Afrikas thematisieren.

Abgabetermin: 2. Juni 2009

Anforderungen: Beitragsvorschlag (max. 3.000 Zeichen ohne Leerzeichen): Dieser soll die Forschungsfrage, den methodischen und/oder methodologischen Ansatz und die wichtigsten Ergebnisse enthalten.

Ansprechpartnerinnen: Tatjana Baraulina (BAMF),

Tel: 0049 (0)911 943 4407, E-Mail: [Tatjana.Baraulina@bamf.bund.de](mailto:Tatjana.Baraulina@bamf.bund.de) oder Andrea Riester (GTZ),

Tel: 0049 (0)6196 79 6167, E-Mail: [andrea.riester@gtz.de](mailto:andrea.riester@gtz.de)

Internet: [www.bamf.de/forschung](http://www.bamf.de/forschung) oder

[www.gtz.de/migration](http://www.gtz.de/migration)

### Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail:

[MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Jennifer Elrick (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stålfors, Christoph Wöhrl; Redaktionsschluss: 23.4.2009

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)



## Einbürgerung 2008

<i>Kommune</i>	<i>Anzahl</i>
Eschweiler	101
Stolberg	63
Alsdorf	62
Würselen	96
<b>Gesamt</b>	<b>322</b>

